

Wortprotokoll

Sitzung 23. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2015/2019
20. Legislaturperiode
Datum Donnerstag, 16. November 2017, 19:00 Uhr
Ort im Rathaussaal

Anwesend

35 Mitglieder des Gemeinderats
ab 19:07 Uhr 36 Mitglieder des Gemeinderats
4 Mitglieder des Stadtrats

Abwesend

GR Freienmuth, GR Häberlin, GR Stahl, GR Gremlich

Absolutes Mehr

18 / 19 (ab 19:07 Uhr)

Später eingetroffen

GR Jäggi 19:07 Uhr

Vorzeitig weggegangen

—

Vorsitz

GR Daniel Moos

Protokoll

STS Thomas Niederberger, Tatiana Abate

Traktanden

Wahlen

1. Ersatzwahl in die Kommissionen

Botschaften

2. Budget 2018 Technische Betriebe Kreuzlingen
3. Kreditbegehren in Höhe von brutto CHF 31.0 Mio. (netto CHF 27.3 Mio.) für den Erweiterungsbau des Familien- und Freizeitbads Egelsee, der Erneuerung der gemeinsamen technischen Anlagen sowie den Attraktivitätssteigerungen zu Händen der Volksabstimmung

4. Kreditbegehren von CHF 2'760'000.– für die Sanierung und Aufwertung der Romanshorerstrasse zwischen dem Kreisel Blauhausplatz und dem Ziilkreisel zuhanden der Volksabstimmung

Verschiedenes

5. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Schwimmhalle reloaded, Romanshorerstrasse reloaded. Geschätzte Vize-Stadtpräsidentin, liebe Stadträtin, liebe Stadträte, geschätzte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, liebe Gäste und Vertreter der Presse, ich begrüsse Sie alle ganz herzlich zur heutigen sicherlich spannenden Gemeinderatssitzung. Ganz besonders möchte ich Fabienne Herzog begrüssen. Sie ersetzt Christian Winterhalter und ist neu in unseren Reihen. Herzlich willkommen. Ich möchte kurz einen Hinweis machen. Heute werden von zwei Lernenden der Stadt Kreuzlingen Fotos von der Gemeinderatssitzung gemacht. Sie machen ein Schulprojekt und möchten uns bei der Arbeit über die Schultern schauen.

Traktandenliste

Der Ratspräsident: Das Traktandum Ersatzwahl in die Kommissionen wurde nachträglich auf die Traktandenliste gesetzt, daher hat sich die Nummerierung der Beilagen verschoben.

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Wahlen

1. Ersatzwahl in die Kommissionen

Abstimmung: GR Fabienne Herzog wird **einstimmig** unter Enthaltung der eigenen Stimme in die Kommissionen **gewählt**.

Botschaften

2. Budget 2018 Technische Betriebe Kreuzlingen

Eintreten ist *obligatorisch*.

GR Dufner: Es freut mich, dass ich als Präsident der FRK einige Worte zum Budget der Technischen Betriebe Kreuzlingen sagen darf. Stadtrat Beringer hatte bereits in der FRK die Möglichkeit, einleitende Worte zu verlieren, daher darf ich jetzt heute vor allem etwas sagen. Ihr habt die Budgetunterlagen erhalten, konntet diese studieren

und habt gesehen, dass das Budget 2018 der Technischen Betriebe erstmals auch nach HRM2 abgefasst wurde. Man hat bis 2018 eine Übergangsfrist, um HRM2 einzuführen. Von den Technischen Betrieben wurde auch ausgeführt, dass sie vom Wahlrecht zweimal Gebrauch gemacht haben. Dass eine Mal beim Kontoplan, dort haben sie eine Möglichkeit, vom vorgegebenen Kontenplan nach der Regierungsratsverordnung abzuweichen und einen eigenen zu machen. Das haben sie gemacht und entschieden, denjenigen zu verwenden, den sie bereits bislang verwendet hatten und welcher sich an der Privatwirtschaft anlehnt. Diesen wollen sie beibehalten, weil er für den Leser aussagekräftiger ist. Das zweite Wahlrecht ist im Zusammenhang mit der Bewertung. Dort hätten sie die Möglichkeit gehabt, die bisherigen Buchwerte zu übernehmen oder allenfalls einen betriebswirtschaftlichen Zeitwert zu nehmen. Sie haben sich für den betriebswirtschaftlichen Zeitwert entschieden, was auch Auswirkungen im Zusammenhang mit den Abschreibungen hat. Im Rahmen seines Eintretensvotums konnte Stadtrat Beringer die frohe Botschaft verkünden, dass im Jahr 2018 nach Budget die Energiepreise unverändert bleiben werden, und zwar weil bei den TBK eine umsichtige, vorausschauende Beschaffungspolitik getätigt wurde und auch eine entsprechende Strategie besteht. Wie ihr dem Budget entnehmen konntet, schliesst es mit CHF 311'000.– Ertragsüberschuss positiv ab. Dies ist allerdings weniger als die Hälfte von dem, was im Budget 2017 mit CHF 742'000.– ausgewiesen ist. Warum ist es weniger? Unter anderem sicher auch wegen der Sparte Elektrizität, die mit einem Minus von rund CHF 200'000.– abschliesst. Dies hat den Hintergrund, dass die Gebühren für Strom aufgrund von regulatorischen Vorgaben festgesetzt werden müssen, und zwar auf der Berechnungsbasis der Rechnung 2016, was zwei Jahre zurückliegt und gewisse Diskrepanzen ergibt. Im Bereich Personal konnten wir feststellen, dass wir im Vergleich zum Budget 2017 rund CHF 311'000.– mehr haben. Dies kommt insbesondere daher, dass wir eine Stelle zusätzlich haben, plus eine zusätzliche Stelle „Systembetreuer“ und „Projektleitung Messtechnik“. Die technischen Betriebe haben im Jahr 2018 insgesamt 46.45 Vollzeitstellen. Auf der Investitionsseite sind CHF 12.7 Mio. geplant. Diese Summe kommt teilweise daher, weil es Verschiebungen aus dem Jahr 2017 gibt. Wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad von 47.5 %, was nicht gerade berauschend ist. Wir wissen, die Zielvorgabe wäre eigentlich 100 %. Die Rechnung der Technischen Betriebe, welche kompliziert und erläuterungsbedürftig ist, wurde uns von Susi Bergsteiner wiederum mittels einer PowerPoint-Präsentation sehr gut erklärt. Im Rahmen der Fragen aus dem Kreis der FRK waren es unter anderem Fragen zum Gas. Dort interessierte uns, ob die Herkunft des Gases festzustellen ist. Wir wissen alle, dass es von Konstanz kommt, aber woher es nach Konstanz kommt, weiss man nicht. Man sagte, von Norwegen und Russland. Aber wieviel ganz genau woher kommt, wissen wir nicht, es ist einfach ein Mix. Eine weitere Frage wurde im Zusammenhang mit dem Personal gestellt. Beim Vergleich mit der Rechnung 2016 ist festzustellen, dass wir beim Personalbestand im Budget 2018 eine Zunahme von 4.7 % haben, die Lohnkosten gleichzeitig aber um 20 % zunehmen. Uns wurde erklärt, dass in der Rechnung 2016 der Sollbestand der Mitarbeiter abgebildet ist, aber wir hatten dort offene Stellen. Andererseits gab es Krankheitsfälle und Unfälle, welche zu Rückerstattungen der Versicherungen führten, wodurch das Ergebnis entsprechend beeinflusst wurde. Eine weitere Frage betraf die Grundgebühr beim Wasser wegen der Bemessungsgrösse dieser Grundgebühr. Dort wurde darauf hingewiesen, dass die Grösse des Anschlusses relevant ist, das heisst der Wasserzähler. Je nachdem, wie viel Wasser man bezieht, erhält man einen grösseren oder einen kleineren Wasserzähler, welcher ausschlaggebend ist für die Grundgebühr, welche der Einzelne bezahlen muss. Die Fixkosten der Grundgebühr betragen rund 50 %, 50 % sind variable Kosten. Gefragt wurde auch nach dem Kostenschlüssel bei

den Zentralen Diensten. Hier wurde darauf hingewiesen, dass es sich um einen Mischschlüssel handelt, welcher aus den Erlösen der einzelnen Sparten festgelegt wird. Dieser wird auch ab und zu überprüft und – wenn nötig – angepasst. Eine weitere Frage wurde nach der Zusammensetzung der Stellen bei den Zentralen Diensten gestellt. Dort haben wir 18.5 Stellen. Mit dem Protokoll haben wir das Organigramm der Technischen Betriebe erhalten, welchem entnommen werden kann, wer wo tätig ist. Ich darf sagen, dass das Budget bei der Abstimmung einstimmig zur Annahme im Gemeinderat empfohlen wird. Wir haben auch noch den Finanzplan durchberaten, auch diesen haben wir zur Kenntnis genommen. Ich darf an dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank im Namen der FRK an die Technischen Betriebe, an die Geschäftsleitung, an alle Mitarbeitenden, auch an Stadtrat Beringer, vor allem aber auch an Susi Bergsteiner aussprechen, die uns immer gut durch die schwierige Materie führt und zu allen Fragen jeweils die richtige Auskunft geben kann.

Ich darf gleich noch die Meinung der CVP-Fraktion anschliessen. Die CVP wird dem Budget einstimmig zustimmen.

Der Ratspräsident: Zwischenzeitlich darf ich GR Jäggi begrüßen. Wir sind jetzt 36 Gemeinderäte, das absolute Mehr beträgt 19.

GR R. Herzog: Die SP/GEW/JUSO-Fraktion hat sich sorgfältig mit Budget und Finanzplan der Technischen Betriebe auseinandergesetzt. Budget und Finanzplan sind formal gesehen durch HRM2 geprägt, aber trotzdem recht gut vergleichbar mit den Vorjahren. Inhaltlich haben wir uns in der Diskussion und in der Beschäftigung vor allem auf vier Punkte konzentriert. Ersten: Es fällt ein hoher Investitionsbedarf auf. Dieser hängt einerseits zusammen mit dem Wachstum der Stadt der letzten Jahre, was einen entsprechenden Ausbau beispielsweise des Elektrizitätsnetzes nach sich zog. Andererseits aber auch mit technischer Modernisierung. Im Bereich Wasser kommen weitere grosse Investitionsprojekte auf uns zu. Die TBK weisen aber im Finanzplan nach, dass der Höhepunkt der Investitionen in einigen Jahren erreicht sein wird und dass danach die Rechnung auch wieder entlastet sein könnte. Zweitens: Es werden tendenziell steigende Energiepreise prognostiziert, was politisch durch den Soverän auch so gewollt ist, weil die Erträge zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes beitragen sollen. Damit tragen diese zur Umsetzung einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Energiepolitik bei. Drittens: Insgesamt rechnet das Budget mit einem nur noch kleinen positiven Ergebnis, was aber grundsätzlich für uns so ok ist. Viertens: Der Sprung bei den Personalkosten von CHF 4.4 Mio. in der Rechnung 2016 auf CHF 5.3 Mio. im Budget 2018 wurde sehr gut erklärt. Wie erwähnt, gibt es zwei Gründe, die dazu geführt haben. Nicht besetzte Stellen einerseits, Rückerstattungen von Versicherungen andererseits. Daher ist im Prinzip die Zahl in der Rechnung 2016 eigentlich zu klein, sie spiegelt nicht die Realität wider.

Wir stellen aber auf dieser Basis fest, dass die Technischen Betriebe offenbar immer noch Mühe haben, den Personalbestand überhaupt halten zu können. Das heisst, überhaupt genügend qualifizierte Leute zu finden. Das ist sicher ein Bereich, wo sehr viel Vorsicht und Bemühungen seitens der Technischen Betriebe nötig sind, damit das entsprechende Know-how bewahrt werden kann. Unsere Fraktion ist weiterhin überzeugt, dass die Technischen Betriebe sehr gute Arbeit leisten. Wir schätzen vor allem auch den Weitblick, der sich nicht bloss in einem langfristigen Finanzplan widerspiegelt, sondern auch immer wieder in den Abklärungen im Hinblick auf künftige Entwicklungen auf dem Strommarkt oder generell auf dem Energiemarkt, der erneuerbaren

Energien etc. Zum Schluss und in aller Kürze: Unsere Fraktion wird dem Budget einstimmig zustimmen.

GR Rüedi: Auch die FDP/EVP-Fraktion hat sich mit dem Budget 2018 der Technischen Betriebe beschäftigt. Die Mitglieder der FRK wurden von SR Beringer und vom Kader der Technischen Betriebe wie immer sehr professionell und sehr ausführlich über das Zahlenmaterial und die Hintergründe informiert. Dafür herzlichen Dank. Wir haben es gehört: Das Budget rechnet mit einem relativ tiefen Ertragsüberschuss von CHF 300'000.–. Das sind rund CHF 400'000.– weniger als für das laufende Jahr. Das ist nicht ein umwerfender Betrag, wenn man das Kapital anschaut, welches von den Technischen Betrieben verkörpert wird. Würde man bei den Technischen Betrieben Kreuzlingen eine Rentabilitätsberechnung machen, wäre es eigentlich nicht eine wahnsinnig hohe Rentabilität. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass neu und zum ersten Mal im Budget ein Beitrag der städtischen Rechnung von CHF 495'000.– zugunsten der Technischen Betriebe enthalten ist, nämlich zulasten der Feuerwehrrechnung für die Nutzung der Wasserleitungen. Das heisst, ohne diese Neuerung wäre das Budget der Technischen Betriebe negativ gewesen. Aber ich habe es hier auch schon gesagt, wir haben immer zwei Herzen in unserer Brust. Wir sind auch Konsumenten der Technischen Betriebe und als Konsumenten sind wir natürlich froh, wenn die Preise für Strom etc. tiefgehalten werden können. Dies ist dank der Beschaffung möglich, welche für das kommende Jahr bereits stattgefunden hat. Und wenn der Strom ein bisschen teurer wird, ist das nicht auf die Technischen Betriebe zurückzuführen, sondern auf die Energiestrategie 2050, welche auf Bundesebene beschlossen wurde. Die Abgabe für die kostendeckende Einspeisevergütung, welche vor allem für die Photovoltaik verwendet wird, steigt auf 2.2 Rappen pro Kilowattstunde, daher nehmen die ganzen Netznutzungsentgelte um durchschnittlich 7 Rappen pro Kilowattstunde zu. Das Gas bringt regelmässig jedes Jahr einen zuverlässigen Deckungs- und Gewinnbeitrag, auch hier ist die Beschaffung bereits vorausschauend erfolgt. Guido Gross von den Technischen Betrieben hat uns auch Informationen zur Herkunft des Gases gegeben. Rund 60 % unseres Gases kommt aus Norwegen und den EU-Ländern, etwa ein Drittel stammt aus Russland. 2014 wurde in der Schweiz das Gasnetz einem Stresstest unterworfen, das heisst, man hat getestet, ob das Gas noch funktionieren würde, wenn die Versorgung aus Russland wegfallen würde. Dies konnte in diesem Stresstest bestätigt werden. Dank des neuen Beitrags der Feuerwehr aus der Spezialfinanzierung kann auch die Sparte Wasser positiv budgetiert werden. Das neue Modell sieht eine stärkere Betonung der Fixkosten vor, also von der Grundgebühr. Zum Teil haben das die Konsumenten gespürt. Jene, welche einen kleinen Wasserverbrauch haben, müssen jetzt tendenziell mehr bezahlen als früher. Die Aufteilung zwischen Fixkosten und variablen Kosten war auch notwendig, sie beträgt je rund 50 %. Als Monopolist müssen die Technischen Betriebe ihre Preise vom Preisüberwacher genehmigen lassen. Sie müssen nachweisen können, was sie für Fixkosten haben, was sie für die Fixkosten verlangen, was sie für variable Kosten haben und was sie für diese variablen Kosten verlangen. Die Gebührenerhöhung, welche eigentlich für das laufende Jahr geplant gewesen wäre, wurde vom Preisüberwacher offenbar nicht zu 100 % genehmigt. Ich nehme an, dass dies auch Auswirkungen auf das Budget 2018 im Bereich Wasser hat. Das mit dem Personal haben wir gehört, zu den zwei neuen Stellen haben wir keine Bemerkung. Sie scheinen für uns ausgewiesen zu sein. Wir haben auch gehört, dass mit CHF 12.7 Mio. nächstes Jahr recht hohe Investitionen geplant sind. Mit knapp 50 % ist der Selbstfinanzierungsgrad unbefriedigend, das haben wir auch gehört. Das heisst, durch die hohen Investitionen werden die Technischen Betriebe 2018 zum ersten Mal, seit ich mich

erinnern kann, eine Nettoschuld ausweisen. Sie sehen das auf dem Finanzplan. Auf Seite 12 sehen Sie eine schöne Kurve. Jetzt sind wir gerade beim Nullpunkt, nächstes Jahr sollten wir auf rund minus CHF 5 Mio. sein, sofern alle Investitionen getätigt werden können, was natürlich die Voraussetzung dafür ist. Persönlich bewundere ich die Technischen Betriebe ein bisschen. Diese Kurve im Finanzplan geht nicht bloss bis 2021, sondern sie geht bis 2036. Das ist eine 20-jährige Planung. In der Wirtschaft weiss wahrscheinlich niemand, was in 20 Jahren sein wird. Man geht davon aus, dass wir bis 2021 sehr viel investieren werden und dass wir danach regelmässig weniger investieren werden, als was der Cashflow erwirtschaftet, wodurch jedes Jahr ein Teil der Nettoschuld abgetragen werden kann. Im Jahr 2032 oder 2033 wären wir dann wieder bei null. Ich nehme mir heute vor – falls ich dann noch hier bin – dass ich in 15 Jahren noch einmal hier hereinkomme und schaue, wie es in 15 Jahren aussieht, um zu schauen, wie zuverlässig die Planung für die nächsten 20 Jahre war. Wahrscheinlich weiss ich in 15 Jahren nicht mehr, was ich heute gesagt habe, aber ich nehme es mir trotzdem vor. Es wäre sicher spannend zu sehen. Der grösste Brocken der geplanten Investitionen ist die Biogasanlage/Kompostieranlage Tägerwilen, wozu wir aber im Gemeinderat eine separate Botschaft erhalten werden. Je nach Höhe der Investitionen untersteht sie sogar der Volksabstimmung. Die FDP/EVP-Fraktion dankt noch einmal für das seriös erarbeitete Budget 2018 der Technischen Betriebe Kreuzlingen und stimmt ihm einstimmig zu.

GR Hummel: Die SVP-Fraktion hat das Budget der Technischen Betriebe ebenfalls beraten und diskutiert. Die Ausführungen von Susi Bergsteiner an der FRK-Sitzung und allgemeine Bemerkungen sind in die Beratung eingeflossen. Wesentliche Punkte hat der Kommissionspräsident schon erwähnt, den Rest haben die anderen Fraktionssprecher schon gesagt. Das Budget der TBK weist auf der Stufe Gesamtergebnis einen kleinen Gewinn von CHF 300'000.– aus, wobei beim EW ein Minus von CHF 200'000.– resultiert, und wenn der Beitrag der Stadt nicht wäre, beim Gas ebenfalls etwa in dieser Höhe. Diskussionen gab auch der stetige Anstieg des Aufwandüberschusses bei den Zentralen Diensten. Dieser stieg in den letzten drei Jahren ziemlich massiv, und vor allem die Entwicklung des betrieblichen Aufwands sollte man hier im Auge behalten. Die SVP-Fraktion bedankt sich bei Susi Bergsteiner und dem ganzen Team der TBK für die Arbeit und stimmt dem Budget der Technischen Betriebe Kreuzlingen einstimmig zu.

GR Wolfender: Die FL/RB-Fraktion hat das Budget der Technischen Betriebe studiert und diskutiert. Es zeigt sich wiederum ein positives Ergebnis bei potenziell höheren Investitionen, je nachdem, ob die Biogasanlage kommt oder nicht. Susi Bergsteiner hat versucht, mir im Rahmen der FRK-Sitzung noch einmal zu erklären, wie die Sprünge beim Personalaufwand zustande kommen. Und ich glaube, ich habe es jetzt auch verstanden. Dennoch möchte ich empfehlen, dass bei diesem Posten eine transparentere interne Leistungsverrechnung gemacht wird, damit wir sehen, wo die Leute angestellt sind und wo sie effektiv arbeiten. Nachdenklich gestimmt hat uns, dass im Bereich der Zentralen Dienste der Personalaufwand mittlerweile grösser ist als im effektiven Bau und Unterhalt unserer Werkleitungen. Das ist ein Trend, welchen man gut weiter beobachten muss. Wir von der Fraktion sind einstimmig für das Budget.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Abstimmung: Das Budget der Technischen Betriebe Kreuzlingen 2018 wird **einstimmig genehmigt**.

-
3. Kreditbegehren in Höhe von brutto CHF 31.0 Mio. (netto CHF 27.3 Mio.) für den Erweiterungsbau des Familien- und Freizeitbads Egelsee, der Erneuerung der gemeinsamen technischen Anlagen sowie den Attraktivitätssteigerungen zu Händen der Volksabstimmung

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Der Ratspräsident verweist auf die Tischvorlage.

GR Brändli: Da das Folgeprojekt allen Gemeinderäten bestens bekannt ist und Sie auch von der vorberatenden Kommission WBU und GKS ein ausführliches Protokoll mit diversen Beilagen sowie die Tischvorlage erhalten haben, möchte ich mich hier kurzhalten und nur auf die wesentlichen Punkte aus der Kommissionssitzung eingehen. An dieser gemeinsamen GKS/WBU-Sitzung haben insgesamt 18 stimmberechtigte Gemeinderäte teilgenommen. Die Sitzung wurde von Vertretern aus dem Stadtrat, der Stadtverwaltung, der Schulbehörde, der Schulverwaltung, der Regionalplanungsgruppe sowie der Fachplaner aus dem Bereich Bau und Energie sowie Gemeinderäten, welche als Gäste teilnahmen, begleitet. Einleitend wurde das neue Projekt von diversen Referenten ausführlich vorgestellt. Berichtet wurde vom generellen Nutzen, der Attraktivität für die Region, der guten Erreichbarkeit an zentraler Lage, vor allem natürlich auch durch die Anbindung an den ÖV. Die neue Ausrichtung einer Schwimmhalle zu einem Familien-, Schul- und Freizeitbad wurde natürlich hervorgehoben. Die Einbindung der Nachbargemeinden, das nachhaltige Energiekonzept mit Einbezug der Thermalwassernutzung, das Ganze im Minergie-Standard ausgeführt. Der enormen Reduktion des Energieverbrauchs wurde grosse Beachtung geschenkt. Das Betriebskonzept ist natürlich ein zentrales Thema. Die Finanzen sind, wir haben es vorhin bei den Technischen Betrieben gehört, natürlich wie immer ein sehr wichtiger Aspekt. Und natürlich die Attraktivitätssteigerung im Bereich des bestehenden Bads und der Erweiterungsbau. Dies sind nur einige Bereiche, welche ich einleitend nennen möchte. Natürlich wurde auch das Thema angeschnitten: Was, wenn die Stimmbevölkerung auch dieses Projekt wieder ablehnt? Was bedeutet das? Wegfall von Investitionen von CHF 3.7 Mio., Wegfall von Stadt und Kanton als Partner. Die Sekundarschulbehörde darf oder muss dann selber zu diesem Bad schauen, keine Erweiterung, keine Attraktivitätssteigerung. Eine Sanierung des bestehenden Bads, wenn sie denn kommt, bedeutet auch eine längere Vollschliessung des jetzigen Bads. Ein neues Projekt wenn überhaupt in ferner Zeit und viele, viele Jahre verzögert. In der anschliessenden Diskussion wurden diverse Themen angeschnitten. Die umliegenden Gemeinden können sich gemeinsam nur auf zehn Jahre verpflichten, weil die Beschlussverfahren der einzelnen Gemeinden unterschiedlich sind. Daher nur zehn Jahre und nicht unbegrenzt wie beim Kanton. Die Rutschbahn haben wir natürlich sehr gut angeschaut. Das sei matchentscheidend, weil das bei Kindern und Junggebliebenen eine sehr hohe Attraktivität ausstrahlt. Die Situation der beiden Eingänge

an der Hauptstrasse und bei der Schule wurde ausführlich dargelegt. Es geht um den Zusammenhang mit der Garderobe der Schule und dass man auf dem Schulhof Konfliktsituationen aus dem Weg gehen will. Die Konzessionserneuerung des Thermalwassers läuft. Für eine Mehrförderung von ca. 25-30 %, welche man später mehr haben möchte, braucht es aber ein geologisches Gutachten, welches sehr kostenintensiv ist. Dieses wird man erst nach einer erfolgreichen Volksabstimmung an die Hand nehmen. Die Cafeteria wird nicht bedient, angedacht ist eine Selbstbedienung mit Getränkeautomaten. Dies sind einige Punkte aus der Diskussion bei der Eintretensdebatte. Bei der anschliessenden materiellen Beratung wurden unter anderem folgende Hinweise und Bemerkungen gemacht: Bei der Ausgangslage auf Seite 1 der Botschaft wurde vom Stadtrat an und für sich keine Analyse zum Abstimmungsergebnis aus dem Jahr 2014 gemacht, sondern eher eine Einschätzung.

Seite 7, Ziffer 3.1 Sanierung Bestand: Die Kommission forderte den Stadtrat auf, die Differenz der Mehrkosten Sanierung Bestand zu plausibilisieren. Hierzu haben Sie für die heutige Sitzung eine Tischvorlage erhalten. Die Tischvorlage mit den Zahlen wurde vom Bauherrenvertreter Michael Bühler, dem Energieplaner Richard Widmer und unserem Abteilungsleiter Ruedi Wolfender erarbeitet. Die Plausibilisierung wurde in sechs Kostenträger aufgeteilt sowie den Bereich diverse Kosten. Die totale Differenz der Mehrkosten gegenüber dem Projekt H2O beträgt rund CHF 3.2 Mio. Die Kommission ist dezidiert der Meinung, dass Ziffer 3.1 Sanierung Bestand in der Volksbotschaft viel verständlicher mit Zahlen hinterlegt dargestellt werden muss. Ziffer 3.1.1 resp. 3.1.2 der Botschaft, nämlich die Attraktivitätssteigerung Bestand wie auch die Attraktivitätssteigerung Verbindungsbau, gab auch Anlass zu grossen Diskussionen betreffend den Bereich Sauna/Saunaausbau. Die Kommission wird in der materiellen Beratung zu dieser Ziffer einen entsprechenden Antrag stellen. Der Trägerschaftsvertrag wird auf der gleichen Basis wie beim Dreispitz sein. Je nach Anteil Land und Investitionen von Schule und Stadt wird man einen Schlüssel finden, welcher die Eigentumsverhältnisse regelt. Die vorberatende Kommission GKS/WBU hat mit 17 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung und demzufolge klar und deutlich dieser Botschaft zugestimmt.

GR Forster: Ich habe eigentlich nichts mehr dazu zu sagen. Ich habe mit GR Brändli abgesprochen, dass er alles sagt.

GR Raschle: 31 Millionen Franken für ein Bad investieren. Ich habe mich gefragt, ob das in Kreuzlingen ein Sprung ins kalte Wasser ist. Oder ist es die Erfüllung eines lang ersehnten Bedürfnisses eines grossen Teils der Bevölkerung, welches jetzt mit einem angenehmen, wohltuenden Wellnessbad erfüllt werden kann? Die Stimmberechtigten werden die richtige Entscheidung treffen. Wir vom Gemeinderat können nur positive oder kritische Signale aussenden. Unsere Fraktion wird das nun vorgelegte Projekt einstimmig unterstützen und damit ein befürwortendes Zeichen für dieses Bad setzen. Die Kosten von CHF 32 Mio. brutto, CHF 27.3 Mio. netto – das ist der Betrag, den der Kanton noch beitragen wird – ist auch für unsere Fraktion ein sehr, sehr grosser Betrag. Auf den ersten Blick ist die Differenz zum ersten Projekt H2O, welches CHF 37 Mio. kostete, unter den Erwartungen geblieben. Das heisst, für ein bisschen weniger Geld erhält man sehr viel weniger Wasser. Aber die Unterlagen und Informationen, welche wir erhalten haben, zeigen, dass man nicht nur eine Endzahl miteinander vergleichen darf. Bemerkenswert auch für uns sind die Energie- und Unterhaltungseinsparungen durch die optimal isolierte Gebäudehülle und durch die Wärmerückgewinnung des verbrauchten Wassers, wodurch sich diese grossen Investitionen durch

den wesentlich kleineren Energieverbrauch sehr direkt und schnell wieder ausgleichen. Eine Vergleichszahl, welche in der Kommission erwähnt wurde, hat mich sehr beeindruckt. Der Energieverbrauch des alten Bads lag pro Quadratmeter Wasser und Jahr bei CHF 235.–. Beim neuen Bad wird dies noch CHF 87.– sein. Das ist doch eine erstaunliche Reduktion dieser Kosten. Weiter erfreulich ist auch für uns die jetzige Zusammenarbeit der Sekundarschule und der Stadt. Und sehr positiv und auch anerkennend ist die Unterstützung der umliegenden Gemeinden. Schade vielleicht, dass die Kantonsbeiträge sich noch nicht erhöht haben. Vielleicht können wir das noch nachverhandeln. Wie erwähnt, wird unsere Fraktion das Kreditbegehren unterstützen und hofft, dass eine überzeugende Mehrheit der Abstimmenden das Familien- und Freizeitbad auch unterstützt und ein überzeugtes Ja in das unterschriebene Abstimmungskuvert legt.

GR R. Herzog: Wir wurden in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv über die Planungen im Zusammenhang mit dem neuen Projekt Familien- und Freizeitbad Egelsee informiert. Unsere Fraktion stand bereits hinter dem ersten Projekt, an dieser positiven Grundhaltung hat sich nichts geändert. Wir stehen geschlossen hinter dem neuen Projekt und stimmen diesem Kreditbegehren zu. Die folgenden Überlegungen haben uns zu dieser Haltung gebracht: Erstens: Das neue Projekt ist im wahrsten Sinn des Wortes eine Badi für alle. Ein Hallenbad hat sehr viele Nutzergruppen und deren Bedürfnisse unterscheiden sich zum Teil massiv oder widersprechen sich sogar. Das vorliegende Konzept versteht es aber, genau die Interessen der verschiedensten Nutzergruppen in optimaler Art und Weise miteinander zu verbinden, auszugleichen und die Gegensätze auszumergen. Dies ist nur in einer Anlage, wie sie jetzt mit mehreren Becken geplant ist, möglich. Hierbei spielt es gar nicht eine so zentrale Rolle, ob die Becken 33 oder 50 m lang sind, ob sie 20 oder 25 m breit sind. Das ist übrigens nicht einmal für den Sport ein entscheidendes Kriterium. Natürlich ist ein 50-Meter-Becken das Optimum, aber der Sport kann mit der vorgeschlagenen Version von 33 m mehr als gut leben. Weil nämlich sehr viel wichtiger ist, dass ein Becken zur Verfügung steht. Und das ist wesentlich einfacher zu bewirken, wenn man wie künftig zwei Becken hat, als ob das Becken 33 oder 50 m lang ist. Übrigens sind bei den beiden olympischen Sportarten, welche in Kreuzlingen betrieben werden, die Wettkämpfe auf 25 beziehungsweise 33 m problemlos möglich. Diese Mehrfachnutzung, diese Parallelnutzung durch verschiedene Leute ist auch nur an diesem Standort sinnvoll möglich, weil eine Trennung in zwei Bäder genau dieses Nebeneinander verunmöglichen würde. Hierbei hilft jetzt natürlich auch noch die Nähe zur Thermalquelle, welche dazu beiträgt, dass die Kosten im Betrieb massiv gesenkt werden können. Schlussfolgerung aus dem ersten Punkt: Der Standort ist optimal und das Beckenkonzept ist überzeugend. Zweitens: Für uns hat die Einbindung der Region eine absolute Signal- und Vorbildwirkung. Es ist eine grossartige Chance, an diesem Projekt die regionale Kooperation zu stärken, auch für zukünftige und andere Projekte. Einen herzlichen Dank hier an die umliegenden Gemeinden und an diejenigen, die dazu beigetragen haben, dass diese Kooperation so vereinbart werden konnte. Drittens: Es handelt sich hier um eine absolut vorbildliche Energielösung, die letztlich sowohl ökologisch – Stichwort 150'000 Liter Erdöl weniger pro Jahr – als auch ökonomisch – Stichwort Betriebskosten – Sinn macht. Der Preis, den wir dafür bezahlen, sind höhere Investitionen, das ist richtig. Aber ich glaube, es leuchtet auch ein, dass sehr viel entscheidender die Langfristkosten sind und damit die Betriebskosten, welche sich zum Beispiel aus dem Energiekonzept heraus ergeben, als die reine Investitionssumme. Man muss sich bewusst sein, dass die Investitionen, die man gerade im Energiebereich tätigt, ja nicht nur über die Abschreibungsfrist hinaus positiv wirken,

sondern auch länger. Auch nach den 25 oder 33 Jahren Abschreibefrist haben wir von diesen Investitionen beispielsweise im Energiebereich noch immer eine Einsparung. Der vierte Punkt ist vielleicht der entscheidende überhaupt. Es ist die Attraktivität, welche dieses Projekt für alle Bevölkerungsteile Familien, Kinder, jüngere Leute, Schwimmer, ältere Leute, Schulen, Vereine etc. hat. Man kann sich fast jeden Kreuzlinger als Nutzer vorstellen. Noch ein Wort zur Sanierung des Bestands: Richtig, der Investitionsbedarf zur Sanierung des Bestands ist hoch, aber wenn man langfristig denkt, macht es sowohl ökologisch wie ökonomisch absolut Sinn. Wenn es gelingt, werden wir auch in diesem Bereich lange Zeit Ruhe haben. Zusammengefasst: Der Bedarf ist längst nachgewiesen und erkannt. Wir haben eine ausgezeichnete Konstellation mit Trägerschaft Kanton, Region, Schule und Stadt, ein tolles Projekt und wollen etwas für die Zukunft bauen. Ein überzeugend und sorgfältig erarbeitetes Konzept mit einem hohen Nutzen, welches unsere Chance verdient.

GR Knöpfli: Die FDP/EVP-Fraktion ist der Meinung, dass uns ein absolut überzeugendes Projekt vorliegt. Ins Auge sticht vor allem ein fast schon revolutionäres Energiekonzept, verbunden mit der Reduktion des CO₂-Ausstosses um sage und schreibe Faktor 40 trotz des erheblichen Ausbaus. Dass dies mehr kostet, weil man ja auch den Altbau besser beziehungsweise umfassender sanieren muss als bei der Variante H₂O, ist klar, denn ohne eine umfassende Sanierung nützt die Energieeffizienz beim Neubau nicht wahnsinnig viel. Allein schon die CO₂-Reduktion und die tieferen Betriebskosten sollten uns diese Mehrinvestitionen mehr als wert sein. Es gibt noch andere Punkte, die uns freuen. Selbstverständlich gehört dazu, dass diesmal wirklich eine breite Trägerschaft inklusive der Region gefunden worden ist. Die ausgeweiteten Öffnungszeiten und somit Schilder an der Eingangstür Wegen Unterhalt geschlossen gehören der Vergangenheit an. Attraktivitätssteigerung, welche voll und ganz zugunsten der Familien ist. Wichtig auf der anderen Seite finden wir aber, dass die Mehrkosten nicht bloss hier bei uns plausibilisiert sind, sondern auch zuhanden der Volksabstimmung gegenüber dem Volk dargelegt und aufgeschlüsselt werden, was wahrscheinlich die Zustimmung erhöht. In Anlehnung an Shakespeare: Sauna oder nicht Sauna, das ist hier noch die Frage. Auch dieser Punkt wurde bei uns noch einmal intensiv diskutiert, und wir sind grossmehrheitlich der Meinung, dass man irgendeinen Weg finden müsste, diese Sauna am Leben zu erhalten. Die FDP/EVP-Fraktion wird der Botschaft einstimmig zustimmen.

GR Ricklin: Die SVP-Fraktion hat sich in der Fraktionssitzung noch einmal intensiv mit dem Projekt Familien- und Freizeitbad auseinandergesetzt und dankt nochmals der Vize-Stadtpräsidentin Dorena Raggenbass, dass sie sich Zeit genommen hat, unsere ausstehenden Fragen zu beantworten. Ich möchte es gleich vorwegnehmen: Nach intensiven Diskussionen hat sich ergeben, dass die SVP-Fraktion der Botschaft grossmehrheitlich zustimmen wird. Wir haben lobende Worte, aber wir haben auch kritische Voten. Von beiden Seiten möchte ich ein paar benennen. Wir sind erfreut, dass die Beiträge der einzelnen Gemeinden im Vergleich zum letzten Schwimmhallenprojekt deutlich höher ausfallen und dass sich die Gemeinden offensichtlich ihrer Verantwortung bewusst sind. Wir hoffen, dass auch nach der vorgesehenen Beitragsdauer von zehn Jahren eine adäquate Anschlusslösung gefunden wird, nicht dass wir uns dann in Kreuzlingen wegen der hohen Kosten nur noch Hochwasserhosen leisten können. Enttäuschend ist, dass der Kantonsbeitrag aus strategischen Gründen leider nicht höher ausfällt. Konzept und Bau dieses Projekts sind nicht nur auf ein Sportbad ausgerichtet, sondern jetzt auch klar als Familien- und Freizeitbad und auch als Schulbad, was in Bezug auf die Kompetenzanforderungen des Lehrplans 21 das ein-

zig Richtige ist. Durch die beiden Faktoren Ausbau und Sanierung ergibt sich ein sinnvolles und ganzheitliches Projekt, sodass die Gesamttechnik wieder auf dem neuesten Stand sein wird, was wir sehr begrüßen. Im Zeithorizont des vierjährigen Finanzplans 2018-2021 der Stadt Kreuzlingen sind insgesamt Investitionen im Umfang von sage und schreibe CHF 150 Mio. vorgesehen. Schwimmen wir im Geld? Der Stadtrat kommuniziert, dass wir in einer komfortablen Ausgangslage sind und uns das leisten können. Denkt bitte auch an unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche selber nicht wie die Stadt im Geld schwimmen. Wir denken, dass bei einigen Ausgaben, und dazu gehören auch diese CHF 31 Mio. für die Schwimmhalle, diese Begeisterung sich sehr in Grenzen halten wird. Es wäre deshalb angebracht, zum jetzigen Zeitpunkt die vielen weiteren Projekte, welche im Finanzplan aufgelistet sind, in Rangierung zu bringen und der Bevölkerung zu kommunizieren, dass bei einer Annahme der Schwimmhalle unter Umständen Anpassungen unumgänglich sind. Nicht damit uns in Kreuzlingen das Wasser plötzlich bis zum Hals steht. Die Betriebskosten sind mit CHF 1.387 Mio. sehr optimistisch berechnet. Ob man die Schwimmhalle mit diesen Zahlen über Wasser halten kann, wird von einigen von uns bezweifelt und infrage gestellt. Aber wie schon eingangs erwähnt, werden wir grossmehrheitlich zustimmen.

GR Wolfender: Wir von der FL/RB-Fraktion sind immer noch gleicher Meinung wie im Jahr 2014, als ich noch nicht hier dabei war, als die erste Vorlage hier im Saal behandelt wurde. Einstimmig und mit Nachdruck sind wir für das Familien- und Freizeitbad Egelsee. Es ist kein Makel, dass das neue Becken 17 m kürzer ist und weniger Attraktivitätssteigerungen integriert worden sind. Es war eine Notwendigkeit, kleinere Brötchen zu backen, damit nicht wieder wie beim letzten Mal das ganze Projekt beim Volk ins Wasser fällt. Wir sind der Meinung, dass Kreuzlingen ein adäquates Hallenbad braucht und das vorliegende Projekt entspricht dem voll und ganz. Es ist eine Investition in die Zukunft, sodass in einigen Jahren Familien und Kinder ein modernes Hallenbad benutzen können, wie ich als Kind im damals modernen Egelsee.

GR Salzmann: Vom letzten Projekt der Schwimmhalle war ich ein erklärter Gegner. Das neue Projekt begrüße ich aber ausdrücklich, deshalb erlaube ich mir, noch einige Gedanken zu äussern. Denn es kommt im Volk vor allem auf die ehemaligen Nein-Stimmenden an. Folgende Begründungen: Das alte Projekt war in erster Linie ein Sportbad, kein Familienbad. Jetzt haben wir es umgedreht. Es ist in erster Linie ein Familienbad, das aber auch den Sportlern zugutekommt. Es wird mehr investiert für Familien: die Rutsche und der Kleinkindbereich, wahrscheinlich auch in eine funktionale Sauna. Und weniger für den Sport: Kein 50-Meter-Becken, sondern ein 33-Meter-Becken. Aber die Sportler haben trotzdem erheblich mehr Trainingsmöglichkeiten im neuen Bad als bisher, sodass auch diese zufrieden sein sollten. Das alte Projekt war ein Prestigeprojekt für die höchsten nationalen und internationalen Ansprüche. Das neue Freizeitbad ist ein Bad für uns, für unsere Region, für unsere regionalen Bedürfnisse. Das alte Projekt hatte kaum finanzielle Unterstützung bei den Nachbargemeinden. Es war kein regionales Bad, sondern ein internationales. Im neuen Projekt tragen die Nachbargemeinden gesamthaft gesehen jährlich mehr wiederkehrende Betriebskostenbeiträge bei als wir von der Stadt. Im alten Projekt standen die Finanzen zur damaligen Zeit in einem Missverhältnis. Zu den damaligen CHF 37.5 Mio. hätte ein solches Bad nie gebaut werden können. Und auch die Angaben über Eintritte und dergleichen waren schlicht vermessen. Das zeigt sich in der Botschaft auf Seite 7, wo es heisst: „Dadurch lässt sich feststellen, dass die damalig berechneten Kosten nicht den in der Botschaft formulierten Zielen entsprachen.“ Das wissen

heute alle Beteiligten. Stichwort Energie, Stichwort Sanierung Altbestand, wir haben es gehört. Danke lieber Stadtrat für die Offenheit, im neuen Projekt sind die Zahlen jetzt plausibel und realistisch. Deswegen sind die damaligen CHF 37.5 Mio. mit den heutigen CHF 35.5 Mio. nicht zu vergleichen. Der Abstand beträgt nicht CHF 2 Mio., er ist bedeutend grösser. Im neuen Projekt sind die jährlich wiederkehrenden Betriebskosten für die Stadt weniger als halb so hoch wie beim alten Projekt. Das ist eine Meisterleistung. Fazit: Der Stadtrat hat die Nein-Argumente der ersten Abstimmung ernst genommen und sie im neuen Projekt ordentlich berücksichtigt. Ich bin daher überzeugt, dass meine damalige Ablehnung richtig war, dass sich diese Schleife gelohnt hat und dass das neue Freizeitbad ein besseres und damit auch zustimmungsfähiges Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist. Daher ein klares Ja zu dieser Botschaft.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

S. 8, 3.1.1 Attraktivitätssteigerungen Bestand

GR Brändli: Zuerst einmal eine Enttäuschung für alle Jungs und Mädels, welche diese Rutschbahn benutzen wollen: Leider sind es nicht fünf 360°-Kurven, sondern nur drei. Wir hätten gern mehr, aber das geht leider nicht, ausser es hätte jetzt eine Änderung gegeben. Es tut uns leid, aber es ist leider so.

S. 8, 3.1.2 Attraktivitätssteigerung Verbindungsbau

GR Brändli: Hier komme ich wie schon angekündigt zum Antrag unter Ziffer 3.1.2, nämlich bei der Attraktivitätssteigerung im Bereich des Verbindungsbaus. Der Antrag aus der gemeinsamen Kommission GKS/WBU lautet wie folgt: „Der Gemeinderat beauftragt die Projektgruppe, nach einer erfolgreichen Volksabstimmung bei der Projektumsetzung den Einbau einer einfachen finnischen Sauna innerhalb des Kreditrahmens vertieft zu prüfen und zu entscheiden.“ Dieser Antrag wurde mit 15 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung in der vorberatenden Kommission angenommen. Die Begründung, welche sich aus der Diskussion ergeben hat: Der Stadtrat und die Schulbehörden hatten frühzeitig entschieden, im Bereich des Verbindungsbaus ein Dampfbad mit Erlebnisdusche, Ruheraum und einen im Freien liegenden Ruhehof zu realisieren. Auf dieser Grundlage wurden das Projekt und die jetzt vorliegende Botschaft erarbeitet. Der Stadtrat ist zum jetzigen Zeitpunkt an diese Vorgaben gebunden und kann diese nicht mehr ändern. Die vorberatende Kommission hat die öffentliche Diskussion um die Realisierung einer Sportsauna im Bereich des Erweiterungsbaus, also zur heutigen Zeit im städtischen Bereich und nicht mehr im schulischen Hoheitsgebiet, aufgenommen und nach Lösungen gesucht. Der vorliegende Antrag ist eine Art Ausfluss aus unserer Diskussion. Wir denken, dass wir damit den gordischen Knoten lösen können und nach einer erfolgreichen Volksabstimmung bei der Projektplanung innerhalb des Kreditrahmens eine Sportsauna in einem separaten Textilbereich umsetzen können.

GR Ricklin: Ich möchte darauf hinweisen, dass mit dem Antrag die Personen, welche die Sauna wünschen, einfach noch ein bisschen hingehalten werden. Wenn es für eine Sauna reicht, ist es schön und gut, aber was, wenn es dann eben doch nicht reicht? Man muss sich das einmal vorstellen: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

stimmen über den Betrag der Schwimmhalle ab und wissen de facto gar nicht, was dieser letztendlich tatsächlich beinhaltet. Es gibt dazu zwei Negativszenarien: Der Stimmbürger muss über einen Betrag abstimmen, bei dem jetzt grundsätzlich ja keine Sauna vorgesehen ist, und wenn diese dann trotzdem im Kreditrahmen gebaut werden kann, kann man sich schon fragen, ob gar nicht korrekt budgetiert worden ist. Wurde überbudgetiert? Wurde irgendwo anders vielleicht gespart, damit jetzt eine Sauna möglich ist? Was macht man, wenn man Geld übrig hat, aber es für die Sauna trotzdem knapp nicht reicht? Ich möchte mir nicht ausmalen, welche „Wischiwaschi“-Lösungen man dann noch probiert, damit man die Sauna doch noch irgendwie hinbiegen kann. Das zweite Szenario ist, es ist klar zu erkennen, dass der Kreditrahmen nicht reicht, um eine Sauna einzubauen. Was dann passiert, ist klar. Dann kommen Vorwürfe wie, man hat es nicht oder zu wenig ernsthaft geprüft, oder es ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil es kein Herzenswunsch war und man vielleicht jetzt froh ist, dass es sich so erledigt hat. Wollen wir uns diesen Vorwürfen wirklich stellen, nur weil wir jetzt vor der Abstimmung das nicht korrekt geplant haben? Fakt ist: Es ist keine Sauna vorgesehen, der Kreditrahmen beinhaltet in diesem Fall das nicht. Man möchte es jetzt einfach ein bisschen versprechen, eventuell, vielleicht könnte es möglich sein. Ich finde, so macht man das nicht. Die SVP ist für klare und ehrliche Verhältnisse. Wir halten nichts davon, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über Eventualitäten abstimmen müssen. Es wäre ehrlicher, dazu zu stehen, dass es keine Sauna gibt oder dass man einen zusätzlichen Kredit sprechen müsste, über welchen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger als Attraktivitätssteigerung zusätzlich abstimmen könnten. Leider ist der Vorschlag, den ich in die vorbereitende Kommission eingebracht habe, nicht unterstützt worden. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich nicht gegen die Sauna, aber wir sind einfach für klare Verhältnisse und werden diesem Antrag nicht zustimmen.

GR Sanfilippo: Ich bin enttäuscht, dass man bei meinem ursprünglichen Vorschlag, so eine Saunalandschaft im Reka-Dorf zu integrieren, das Potenzial dieses Vorschlags nicht erkannt hat. Daher habe ich zuhause der Kommission einen Antrag gestellt. Das heisst, GR Brändli hat ihn formuliert, und ich war einverstanden, und dieser lautete ein bisschen anders als das Ergebnis, welches wir jetzt hier haben. Ich finde auch, dass es jetzt eine „Wischiwaschi“-Sache ist. Es ist verwaschen, es ist gleich, wie wenn man sich nicht einmal dazu bekennen würde. Ich stelle daher einen Gegenantrag, nämlich meinen ursprünglichen Antrag, der auch im Protokoll festgehalten wurde: „Der Gemeinderat beantragt der Projektgruppe, nach einer erfolgreichen Volksabstimmung im Rahmen der Projektumsetzung den Einbau einer einfachen finnischen Sauna vertieft zu prüfen und innerhalb des Kreditrahmens zu realisieren. Diese Sauna sollte mindestens der heutigen Grösse entsprechen, über ein Tauchbecken, Dusche, einen Ruheraum und einen Aussenbereich verfügen. Auf den Einbau einer Dampfsauna kann verzichtet werden.“ Dies soll man prüfen. Zum anderen, wie man es verpacken kann, damit es nicht noch etwas Zusätzliches ist. Auf die Dampfsauna könnte man in diesem Fall verzichten. Wenn ich daran denke, was versprochen wurde, als man 2014 von einer Attraktivitätssteigerung sprach, ist das jetzt eigentlich nur eine Minisauna. Soll ich es vorlesen oder wissen alle noch, worüber die Stimmbürger damals abgestimmt und wofür sie sich ausgesprochen haben? Und dann noch zum Zeichen setzen: Das wäre vielleicht ein Zeichen. Ein Zeichen kann eine Ohrfeige an die Saunabenutzer sein oder vielleicht eine offene Hand, damit auch sie zum Schwimmbad stehen können.

GR Neuweiler: Ich finde, jetzt wird es lustig. Wir haben eine Botschaft, wovon die

Dampfsauna auch ein Bestandteil ist. Dann gibt es Schwallduschen und so weiter. Es ist ein stimmiges Projekt mit einem Raumkonzept. Ich finde es echt komisch, wenn man einfach sagt, wenn man noch ein bisschen Geld hat, dann bauen wir, und am Schluss fällt dieses weg und jenes weg. Es gibt vielleicht Leute, die gerade wegen der Schwallduschen zustimmen und dann sind sie nicht drin. Aber wir haben eine Botschaft, die so ist, wie sie ist. Wenn man jetzt sagt, wir schauen dann beim Bau, was hinein kommt und was nicht, finde ich das sehr heikel. Daher bitte ich, diesen Antrag abzulehnen, sonst hat man den Goodwill des Volks irgendwann verspielt, wenn man doch macht und baut, was man will.

Der Ratspräsident: Zur Präzisierung: Wir müssen diese beiden Anträge einander gegenüberstellen. Ich habe jetzt nicht ganz mitbekommen, welchen Antrag man ablehnen sollte.

GR Neuweiler: Von mir aus gesehen beide.

GR Portmann: Wir sprechen immer von Attraktivitätssteigerung, wo ich auch absolut dafür bin. Es gibt aber eines zu beachten: Es gibt Leute, die wegen der Temperatur nicht in die Sauna dürfen, mitunter ich als Beispiel, die gelegentlich gern in ein Dampfbad gehen. Auf der anderen Seite müssen wir uns aber auch bewusst sein, wir sprechen immer von der Stadt Kreuzlingen, und wir jammern immer hinter einem Vorwand. Dieser ist uns allen bewusst – Konstanz. Wieso Konstanz? Jetzt rennen alle hinüber in das Thermalbad nach Konstanz. Ist es attraktiv? Nein, es ist überfüllt. Man hört es von den Saunagängern, sie müssen dort hinaus, weil die Sauna hier in Kreuzlingen nicht attraktiv ist. Nun haben wir ein Projekt vorgelegt, welches aus meiner Sicht sehr gut ist. Aber man hat in der Planung einen wesentlichen Fehler gemacht, man hat die Sauna nicht eingeplant. Ich glaube, wir müssen doch jetzt einmal in der Lage sein, dass wir alle abholen können. Wirklich von A bis Z alle. Denn wir sind für die Bevölkerung da, und da gibt es auch den kleinen Teil der Saunagänger, der kämpft. Auch diesen muss man unterstützen. Wir müssen eine Lösung finden, dass in das Projekt, welches in meinen Augen gut ist, auch die Attraktivität der Saunagänger kommt. Denn was passiert, wenn die Sauna attraktiv ist? Dann kommen mehr Leute hin. Dann profitiert das Schwimmbad, dann haben wir mehr Einnahmen. Schaut es doch bitte auch so an. Es muss doch irgendeine Möglichkeit geben, dass eine Sauna finanzierbar und realisierbar ist. Und diesen Weg finden wir. Ich bitte euch, die Köpfe nochmals zusammenzustecken.

GR Brändli: Zur Präzisierung: Kollege Sanfilippo hat ja in seinem Votum erwähnt, dass dieser Antrag von mir gekommen ist. Das stimmt bis auf die letzten beiden Sätze, diese hat er hinzugefügt. Es ist also nicht ein Antrag, den ich wortwörtlich so gestellt habe, ihr könnt es nachlesen auf Seite 16 des Protokolls. Er hat meinen Antrag ergänzt. Ich vertrete persönlich auch die Meinung der GKS/WBU-Sitzung. Wir haben lange über meinen Antrag diskutiert, sind aber zum Schluss gekommen, dass er zu weitreichend ist, daher haben wir einen Kompromissvorschlag gefunden im Antrag, den ihr vorhin von mir gehört habt. Daher bitte ich Alfredo, seinen Antrag zurückzuziehen, dann haben wir es bei der Abstimmung einfacher. Nehmt bitte den Antrag der Kommission an.

GR Sanfilippo: Ich möchte meinen Antrag eigentlich nicht zurückziehen. Einen Steilpass hat mir dieses Säckchen, diese Einkaufstasche gegeben. Wenn ihr hier auf der hinteren Seite schaut, werben wir jetzt schon mit Thermalbad Egelsee, Thermalbad

Sauna. Und sonst müssen wir es streichen, wenn es nicht so ist. Ich stehe zu meinem Antrag.

GR Brändli: GR Sanfilippo hat in seinem Votum noch erwähnt, dass das Reka-Dorf eine Variante wäre. Da gebe ich ihm Recht. Das wäre natürlich eine Variante. Aber wir wissen nicht, wann dieses Reka-Dorf kommt. Vorgesehen ist ja, dass das Reka-Dorf am Anfang sicher nicht ein Ganzjahresbetrieb ist, sondern von Frühling bis Herbst betrieben werden soll. Sonst ist es geschlossen. Und ob sie gewillt sind, eine eventuelle Sauna – wo auch nicht klar ist, ob sie sie machen – im Sommer oder Winter oder ganzjährig der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, steht auch in den Sternen. Dort hat die Stadt im Moment wirklich noch keinen Einfluss.

Der Ratspräsident wiederholt die Anträge:

Antrag Kommission: Der Gemeinderat beauftragt die Projektgruppe, nach einer erfolgreichen Volksabstimmung bei der Projektumsetzung den Einbau einer einfachen finnischen Sauna innerhalb des Kreditrahmens vertieft zu prüfen und zu entscheiden.

Antrag GR Sanfilippo: Der Gemeinderat beauftragt die Projektgruppe, nach einer erfolgreichen Volksabstimmung im Rahmen der Projektumsetzung den Einbau einer einfachen finnischen Sauna vertieft zu prüfen und innerhalb des Kreditrahmens zu realisieren. Die Sauna soll mindestens der heutigen Grösse entsprechen, über ein Tauchbecken, Dusche, einen Ruheraum und einen Aussenbereich verfügen. Auf den Einbau einer Dampfsauna kann verzichtet werden.

Abstimmung: Bei der Gegenüberstellung der beiden Anträge obsiegt der Antrag der Kommission.

Der Ratspräsident: Wir stellen jetzt den Antrag der Kommission dem Antrag der Botenschaft gegenüber.

GR Hebeisen: Wir haben keinen Antrag des Stadtrats, welcher dem Kommissionsantrag widerspricht. Der Stadtrat hat zum ganzen Thema heute Abend noch nichts gesagt, wenn ich richtig aufgepasst habe. Also ist das jetzt gebongt mit der Mehrheit für den Kommissionsantrag. Es ist gelaufen. Ausser der Stadtrat möchte noch eine gegenteilige Stellungnahme abgeben, dass der Antrag abgelehnt werden soll. Es wäre vielleicht sowieso interessant, die Meinung des Stadtrats zu diesem Thema noch zu erfahren.

Der Ratspräsident: Ich entschuldige mich für dieses Versehen, es gab Verwirrungen im Präsidium.

Vize-STP Raggenbass: Wir haben es uns nicht leicht gemacht, ich möchte noch einmal ein bisschen ausholen, als wir vor zwei Jahren mit der Planung angefangen haben, als wir klare Vorgaben und ein Ziel hatten, wie wir das zweite Projekt angehen und vor allem mit welchen Massstäben wir rechnen. Diese Massstäbe waren, dass es günstiger sein muss, dass es kleiner sein muss. Die Sachen, welche man nicht braucht, wo kein ausgewiesener Bedarf da ist, müssen gestrichen werden. Das war die Vorgabe, als wir anfangen. Während der Entwicklung des Projekts wurde es zu einem richtigen Familien- und Freizeitbad. Anfänglich planten wir sehr sparsam nur um die Becken und die Schwimmbereiche, hinzu kam dann noch der Zwischenraum,

welcher nicht nur ein Aufenthaltsraum ist, sondern wo auch das Dampfbad eingeplant wurde, um genau dem Bedürfnis nach Ruhe und Entspannung zu entsprechen. Warum sträuben wir uns gegen eine Sauna? Ganz sicher nicht. Es ist einerseits eine Kostenfrage, dann aber auch der Betrieb und der Ablauf. Die Sauna ist ein Nacktbereich. Das Bad, wie es jetzt in der Botschaft vorliegt, ist ein Textilbereich, dies lässt ein Dampfbad zu, aber nicht eine Sauna. Als die Stimmen laut wurden, haben wir noch einmal geschaut, ob es vom Platz her möglich wäre. Wir haben auch eine Hochrechnung gemacht, was es kosten würde, wenn man in diesem Zwischenbereich doch noch eine einfache finnische Sauna einbauen könnte. Es hätte Platz, aber wir konnten in dieser Zeit jetzt nicht vertieft prüfen, wie hoch die Kosten wären und wie der Betriebsablauf wäre für doch zwei verschiedene Betriebe und Nutzungen. Es wäre vermessen gewesen, wenn wir klar hätten sagen können, es hat Platz oder es hat nicht Platz. Dies führte in der Diskussion in der vorberatenden Kommission dazu, dass der Wunsch, es nochmals zu prüfen, wie jetzt der Antrag der Kommission vorliegt, zustande kam. Dies ist auch im Einverständnis mit der Stadt. Wir würden gern noch mal prüfen: Passt die Sauna hinein und vor allem passt sie ins Kostendach? Dies war die Ausgangslage in der Vorbesprechung nach der Kommissionssitzung. Hinter diesem Antrag stehen wir, wenn wir weiter planen dürfen. Dann können wir prüfen, ob wir die Sauna – wenn sie im Kostendach Platz hat – in das Projekt einbeziehen können.

GR Hummel: Ich verstehe das Votum von GR Hebeisen nicht ganz. Wir haben eine Botschaft und mit der Botschaft beantragt der Stadtrat, was er will, und hier drin ist von keiner Sauna die Rede. Dann ist das doch ein Antrag.

GR Hebeisen: Wir stimmen praxisgemäss nicht über die Botschaft ab, damit ergänzen oder ändern wir die Botschaft auch nicht ab. Massgeblich ist der Antrag des Stadtrats, und dies ist ja nicht ein Gegenantrag. Er sagt einfach, wenn man im Hauptantrag des Kreditrahmens noch etwas machen kann, was abgeklärt werden soll, kann man das machen. Aber wir können jetzt schon nochmals darüber abstimmen, das Resultat ist ja sowieso klar. Ich meine einfach, formell müssen wir nicht mehr abstimmen, weil der Kommissionsantrag die Mehrheit erhalten hat.

GR Dufner: Ich würde es begrüssen, wenn wir formell darüber abstimmen, vor allem weil man vorhin nicht ausgezählt hat. Es ist ein Zeichen, welches gesetzt werden soll, dann müssen wir auch wissen, ob 15 dafür sind, ob 35 dafür sind. Daher bin ich der Meinung, wir müssten die Abstimmung vorher noch einmal auszählen, also können wir gleich nochmals neu abstimmen. Abgesehen davon, dass ich inhaltlich nicht die gleiche Meinung habe wie Kollege Hebeisen.

GR Brändli: Also stimmen wir darüber nochmals ab, dann haben wir eine saubere Sache.

Abstimmung: Dem Antrag der Kommission wird mit **27 Ja-Stimmen** gegen 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung **zugestimmt**.

S. 12, 7.1 Zusammenfassung Energie

Vize-STP Raggenbass: Man hat uns Transparenz zuerkannt. Wir waren in den letzten zwei Wochen nicht untätig und haben alle Zahlen, welche die Energie betreffen, nochmals geprüft. Bis auf eine sind alle korrekt. Es tut mir sehr leid, dass wir dies erst

jetzt festgestellt haben, aber doch immerhin im richtigen Moment. Wir werden nicht 154'000 l Erdöl, sondern nur 100'000 l Erdöl für das Schwimmbad weniger brauchen. Das bedeutet, es ist nicht eine 40-fache, sondern eine 30-fache Reduktion des heutigen Erdölverbrauchs. Alles andere an Energie bleibt unverändert. Wir reduzieren immer noch gewaltig den CO₂-Ausstoss. Was die Betriebs- und Energiekosten betrifft, ändert sich nichts, nur der Vergleich wäre nicht mit 40, sondern mit 30 zu beziffern.

Beilage 6, Betriebskonzept, Entwurf vom 19.09.2017

GR Jäggi: Wir haben auf Seite 19 ein Organigramm bezüglich der Organisation des Betriebs. Dazu möchte ich festhalten, dass nicht die Behörden die Trägerschaft bilden, sondern die Sekundarschulgemeinde und die Stadt Kreuzlingen.

Rückkommen

GR Forster: Ich möchte doch noch zwei Zahlen wissen. Irgendeiner weiss doch, was so eine Sauna kostet. CHF 100'000.– hinauf oder hinunter möchte ich hören. Und dann gibt es eine Zahl, das nehme ich aus der Bevölkerung mit, das interessiert die Leute. Welches sind die bis dahin aufgelaufenen Kosten für Planungen, Architekturwettbewerb, allenfalls Sitzungen und Honorare? Eine Zahl, die bei einer Ablehnung doch noch relevant ist, weil es dann für die Katze wäre. Und wenn wir diese Zahl dem Stimmvolk kommunizieren, denkt vielleicht der eine oder andere ... Da hätte ich gerne zwei Zahlen, bevor ich Ja oder Nein sage.

Vize-STP Raggenbass: Bisher sind an Kosten aufgelaufen: CHF 200'000.– bei der Schule, CHF 200'000.– beim Kanton und CHF 100'000.– bei der Stadt, also insgesamt CHF 500'000.–, was das Projekt bisher in der Vorbereitung gekostet hat und was natürlich wie beim letzten Projekt schade wäre, wenn man es umsonst gemacht hätte.

Natürlich haben wir versucht, mit unseren Experten eine Hochrechnung für eine Sauna in diesem Zwischenbereich zu machen. Wir liegen in einem Bereich von CHF 500'000.– bis CHF 800'000.–, aber das ist nicht vertieft gerechnet. Jetzt ungefähre Zahlen zu kommunizieren und darauf aufzubauen, wäre fahrlässig. Darum wollen wir, wie der Antrag es uns ermöglicht, es erst prüfen, wenn wir in der Zeitplanung sind.

Abstimmung: Dem Kreditbegehren in Höhe von brutto CHF 31.0 Mio. (netto CHF 27.3 Mio.) für den Erweiterungsbau des Familien- und Freizeitbades Egelsee, der Erneuerung der gemeinsamen technischen Anlagen sowie den Attraktivitätssteigerungen zu Handen der Volksabstimmung wird mit **32 Ja-Stimmen** gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung **zugestimmt**.

-
4. Kreditbegehren von CHF 2'760'000.– für die Sanierung und Aufwertung der Romanshornestrasse zwischen dem Kreisel Blauhausplatz und dem Ziikreisel zuhanden der Volksabstimmung

Eintreten wird *stillschweigend beschlossen*.

GR Forster: Die erste Variante Sanierung und Aufwertung Romanshonerstrasse Kreuzlingen wurde im Februar vom Stimmvolk abgelehnt. Eruierte und abgeklärte Gründe laut Stadtrat: 30er-Zone, Strasse zu schmal, Radstreifen aufheben, Stopp. Wie weiter vorgehen? Nur Strasse sanieren, neuer Belag, Leitungen ersetzen oder mit den beteiligten Interessierten analysieren? Stopp. Stadtrat und Bauverwaltung führten verschiedene Gespräche, nicht zuletzt mit den damaligen Gegnern und entschieden sich für eine neue Variante, welche alsdann diverse Anliegen dieser Personen einbezieht. Stopp. Ich könnte jetzt sagen, das ist die erste vorliegende Botschaft, welche in der WBU einstimmig angenommen und befürwortet wurde und mich bedanken. Dann wäre dieses Telegramm erledigt. Ich möchte und probiere aber doch noch, ein bisschen mehr auszuholen. In der WBU-Sitzung mit SR Zülle, den Herren Theus und Nöthiger von der Bauverwaltung wurde wiederum hinterfragt und erläutert. Rasch einige Daten dazu: 12'000 Fahrzeuge bewegen sich täglich auf dieser Strasse, also eine doch recht grosse Anzahl. Die bestehende Variante dieser Strasse ist 40 Jahre alt und absolut sanierungsbedürftig. Sachen, welche in der neuen Botschaft geändert wurden, sind: Die 50er-Zone bleibt bestehen, der Radstreifen von mindestens 1.25 m bleibt ebenfalls bestehen, Trottoirs bleiben. Die Strasse selber wird etwas breiter und Busse des ÖV halten weiterhin auf der Fahrbahn, der folgende Verkehr muss dahinter anhalten. Die Kosten werden je zu 50 % durch den Kanton und die Stadt getragen, ebenfalls unverändert. Die Gestaltung ähnelt sehr der ersten Variante. Vielleicht aber das Wichtigste, so hat es auch die WBU gesehen: Die Aufwertung des Dorfkerns von Kurzrickenbach ist weiterhin so geplant, wie man es vorhatte, und das nicht zuletzt in Übereinkunft mit dem Quartierverein und dem dort ansässigen Gewerbe. Zu dieser Aufwertung steuert der Kanton auch noch CHF 1 Mio. bei. Noch zwei Punkte zur Botschaft: Bei einer erneuten Ablehnung durch das Volk wären die sogenannten Agglomerationsgelder endgültig vom Tisch. Bei einer Annahme der Botschaft wäre der Baubeginn ca. 2019. Das „alte Projekt“ war wohl ziemlich mutig und zukunftsweisend. Man nahm dann die negativen Stimmen auf, was sicher gut und richtig war, und integrierte dies in das neue Projekt, wie es heute vorliegt. Ich denke auch, dass das Kreuzlinger Stimmvolk nicht bis ins Detail so informiert ist wie wir hier im Saal. Demzufolge möchte ich einen Aufruf starten und gebe das auch so weiter. Es liegt auch an ihnen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, diese Sache unter die Bevölkerung zu tragen und dort Fragen zu beantworten, um Klarheit zu schaffen. Wagen wir den Versuch mit der neu aufgelegten Strasse und freuen uns vor allem dann am neu entstehenden Dorfkern von Kurzrickenbach, welcher sicher für ganz Kreuzlingen strahlen darf und kann. Das Resultat in der WBU haben sie zu Beginn gehört und dasjenige der FL/RB-Fraktion ist ebenfalls einstimmig für die auf Ihrem Tisch liegende Botschaft. Hoffentlich hören das die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, und ich sage besten Dank.

GR Brüllmann: Die SP/GEW/JUSO-Fraktion hat die vorliegende Botschaft intensiv beraten, und ich nehme es vorweg: Wir sind ein bisschen geteilter Meinung. Unsere Fraktion bedauert es ausserordentlich, dass die erste, aus unserer Sicht weitaus bessere Vorlage bei der Bevölkerung leider keine Mehrheit gefunden hat. Einige wichtige Aspekte sind aber auch in der aktuellen Vorlage enthalten. Zum Beispiel die Erhöhung der objektiven Sicherheit durch den Mittelstreifen bei Einlenkern. Leider hat es dann hier aber keinen Platz für einen durchgezogenen Velostreifen. Sehr gut aber, dass der Strassenraum beim Einlenker Reutistrasse vergrössert wird, so kann der Velostreifen dort durchgezogen werden. Dank dem bremst der motorisierte Individualverkehr, sprich MIV, den Velofahrer bei Rückstaussituationen von und hin zum Ziilkreis nicht aus. Eine eigentliche Bevorzugung des Langsamverkehrs? Das wollen wir.

Bis auf eine Ausnahme sind die Bushaltestellen auf der Fahrbahn, auch dies ist eine Erhöhung der objektiven Sicherheit, muss doch der Busfahrer nicht warten, bis die Autofahrer ihn wieder einfahren lassen. Abgesehen davon erhöht das auch die Fahrplansicherheit (Bahnbus). Wo immer möglich, sollen an jeder Haltestelle Wartehäuschen mit Sitzgelegenheiten vorhanden sein – nach unserem Standard. Auch die behindertengerechten Einsteigekanten sind zwar erwähnenswert, aber eben Standard. Die eigentliche Platzgestaltung in Kurzrickenbach mit Pflasterbelag erhöht nach unserer Sicht die Aufenthaltsqualität. Es entsteht eben ein Platz und nicht nur eine neue Strasse. Die befahrbaren durchgehenden Mittelstreifen von 2 m Breite erleichtern das Überqueren der Fahrbahn für die Leute enorm. Der Abstand der Parkfelder zur Strasse ist erkannt, sodass der Velofahrer der aufgehenden Autotür nicht ausweichen muss und so auch wieder gefährliche Situationen entstehen. Also eine markante Verbesserung der objektiven Sicherheit. Wir gehen davon aus, dass bei dieser Vorlage die angezeigten Agglo-Gelder in der Höhe von maximal CHF 880'000.– aus Bern auch kommen. Klar ist aber, wenn der Gemeinderat und letztendlich die Bevölkerung diese Vorlage abschmettern oder nicht gutheissen, sind einerseits die Zusatzfinanzierungen aus Bern höchstwahrscheinlich gestrichen, und es wird eine reine Strassenvorlage geben ohne Erhöhung der Sicherheit, und das in einem Strassenraum, welcher auch an einem Schulweg vorbeiführt. Und das wollen wir nicht. Ich werde dieser Vorlage zustimmen, meine Kollegen und Kolleginnen aus unserer Fraktion werden eure Voten noch sehr gut anhören und entsprechend abstimmen.

GR Zülle: Die CVP-Fraktion hat die neue Vorlage Kreditbegehren von CHF 2.76 Mio. für die Sanierung und Aufwertung der Romanshorne Strasse zwischen dem Kreisel Blauhausplatz und dem Ziilkreisel in der zweiten Auflage geprüft. Gegenüber dem ersten Betriebs- und Gestaltungskonzept bildet diese Vorlage einen Kompromiss, welcher auf kritische Punkte eingegangen ist. Zum Beispiel wurde auf die Fahrbahnversmälnerung, aber auch auf die Geschwindigkeitsreduktion auf Tempo 30 im Dorfkern verzichtet. Die Radstreifen werden zwischen dem Blauen Haus und dem Zentrum Kurzrickenbach mit einem Abstand von 1.25 m eingeplant. Gleichwohl soll der Dorfkern von Kurzrickenbach eine Aufwertung erhalten, mit dem breiteren Mittelstreifen soll ein sicherer Raum geschaffen werden, damit die Fussgänger im Zentrum überall passieren können. Insbesondere für Schüler bleibt der Fussgängerstreifen mit der Lichtsignalanlage erhalten. Ein wichtiges Sicherheitselement bilden die Aufspurstreifen bei den Querstrassen. Dadurch ist vor allem ein Velofahrer auf der Mittelinie im sicheren Raum. Die Autofahrer können diese Linie als Aufspurstrecke nutzen, damit die nachfolgenden Verkehrsflüsse fließen können. Die CVP-Fraktion hat sich für die Botschaft Sanierung und Aufwertung der Romanshorne Strasse positiv ausgesprochen. Allerdings gab es Enthaltungen, und zwar weil nach wie vor kritisiert wird, dass zwei Busnischen aufgehoben werden, sodass die Busse auf der Fahrbahn halten. Vom zuständigen Stadtrat wurde aber erklärt, dass bei einer Normalsanierung die Busse ebenfalls auf der Fahrbahn halten werden. Für die Fahrplangenaueigkeit, aber auch für den besseren Verkehrsfluss ist dies angeblich unumgänglich.

GR Schläpfer: Beim ersten Überfliegen dieser Botschaft bekam man fast ein bisschen den Eindruck, dass wir beim zweiten Mal genau das Gleiche erhalten. Aber nichtsdestotrotz beim genauen Hinschauen konnte man feststellen, dass es gar nicht so ist. An dieser Stelle möchte ich ein grosses Kompliment an alle, welche an dieser Botschaft mitgearbeitet haben, austeilen. Man hat wirklich reagiert und sämtliche Kritikpunkte aufgenommen, diese neu umgesetzt und verbessert. Eine grosse Diskussion in der Fraktion gab es wegen der Bushaltestellen. Bei Bushaltestellen, welche auf-

gehoben werden und wo der Bus dann auf der Fahrbahn hält, wurde uns bereits sehr gut erklärt, dass es für das Einfädeln des Busses auf die Fahrbahn für den Fahrplan nur Vorteile haben kann. Gleichzeitig haben die Einlenker aus den Seitenstrassen in diesem Zeitfenster die Möglichkeit, links abzubiegen oder überhaupt in die Romanshornestrasse hineinzufahren. Wir wissen, es gibt je länger je mehr Seitenverkehr, vor allem auch wenn das Häberlinareal auch noch fertig ist. Diese wollen dann auch noch irgendwie in die Strasse hineinfahren. Die wichtigsten, verbesserten Punkte: Die diskutierte Fahrbahnverschmälerung: Damit Lastwagen nicht kreuzen können, wird heute der Querschnitt bei 8 m erhalten. Die Tempo-30-Zone im Dorfkern von Kurzrickenbach wurde aufgehoben, auch das war ein grosser Punkt. Und es ist kein Ziel mehr, zu versuchen, den Verkehr bewusst auf die Seetalstrasse zu lenken. Die Strasse hat auch den gleichwertigen Zustand wie heute, wird aber dementsprechend verbessert. Bei der Überarbeitung der Ziele betreffend Aggloprogramm wurde darauf geachtet, alle Punkte zu erfüllen, wodurch man eine grosse Chance haben wird, die CHF 880'000.– abzuholen. Trotz all dieser Gelder wird beim Thema Finanzierung unsere Fraktion noch einen Antrag stellen. Mir persönlich ist noch wichtig zu erwähnen, dass nachher bei den Medienberichten und der Volksbotschaft gezeigt wird, dass der Kanton sich mit CHF 1 Mio. an der Aufwertung des Dorfkerns Kurzrickenbach beteiligt. Ich hoffe sehr, dass diese Botschaft auf Zustimmung stösst. Wenn nicht, haben wir eine Sanierung, welche wieder über das Budget kommt. Sie wird ziemlich gleich ausfallen wie jetzt, vielleicht der Dorfkern nicht so, aber es ändert eigentlich nichts, wenn sie nicht genehmigt wird. Somit wünsche ich mir, dass die Botschaft ankommt, hier im Gemeinderat wie auch vor dem Volk. Die FDP/EVP-Fraktion stimmt der Botschaft bei 2 Enthaltungen zu.

GR Lauber: Im Gegensatz zu den vorherigen Geschäften hat die Ehrenrunde bei der Botschaft Romanshornestrasse in der SVP-Fraktion keinen Meinungsumschwung ausgelöst. Zwar sind viele Kritikpunkte wie Velostreifen, Fahrbahnbreite, 30er-Zone wieder zurückgenommen worden zum Zustand, wie er heute ist, aber wir haben trotzdem noch Punkte, die nicht befriedigen. Zu diesen Punkten gehört die Aufhebung der Busbuchten. Überall probiert man, den Verkehr mit Kreiseln flüssig zu machen und das ständige Bremsen/Beschleunigen aufzulösen, auch aus Energie- und Abgassicht, und hier macht man genau das, was man sonst versucht zu verhindern. Der zweite Punkt, welcher bei uns ein bisschen schräg in der Landschaft steht, ist die Aufwertung des Dorfkerns Kurzrickenbach. Dieser ist auch finanziell relativ aufwendig und wir haben trotzdem nur Nachteile. Die heute schon knappen Parkplätze werden nicht mehr, schon wenn man zum „Bürgin“ will, parkiert man dort in zwei Reihen, dieses Problem wird nicht gelöst, dass man dort mehr Platz hätte. Und die grossflächigen Pflasterungen empfinden wir als Luxuslösung. Dies ist relativ teuer, auch der Unterhalt, die Reinigung, der Winterdienst machen es nicht einfacher. Wir gehen eher zurück zu einem normalen Sanierungsprojekt, aus diesen Gründen werden wir diese Botschaft fast einstimmig ablehnen.

GR Leuch: Ich glaube, wir müssen heute Abend aufpassen, dass wir nicht eine unheilige Allianz schaffen und das Projekt zum Scheitern bringen. Ich möchte zuerst zur SP sprechen. Ich glaube, wegen der 30er-Zone braucht ihr keine Angst zu haben, denn die Durchschnittsgeschwindigkeit im Stück Kurzrickenbach bleibt bei 34 km/h in einer 50er-Zone. In einer 30er-Zone würde die Geschwindigkeit regelmässig überschritten, also sind wir in etwa bei der Geschwindigkeit einer 30er-Zone. Von dem her könnte man damit leben, meine ich. Und es wäre auch keine grosse Sache, wenn man in Zukunft den Verkehr verlagern könnte, damit man ganz einfach auf eine 30er-

Zone wechseln könnte. Das wäre eine Sache der Beschilderung, viel müsste man nicht machen. Mehr zu denken gibt mir die rechte Seite. Letztes Mal waren es die Lastwagenspiegel, wenn ich mich richtig erinnere. Wenn man damals anders informiert hätte, hätte man dieses Argument ausräumen können. Denn es sind nur noch sehr wenige Lastwagenspiegel, die zusammenkrachen könnten. Also erstaunlich wenige, man kann es fast nicht glauben. Man könnte fast glauben, die Zählstation stimmt nicht, aber man muss irgendwo wieder ein Argument finden. Was man in eurer Fraktion nicht begriffen hat, ist, dass es wichtig ist, dass der Bus hält. Alle, die dort wohnen und von der Langhaldenstrasse einbiegen wollen, sind froh, wenn ein Bus kommt, dann können sie endlich einbiegen. Der Bus kommt ja nicht alle 2 Minuten. Für die, die dort wohnen, müsste der Bus wahrscheinlich alle 5 Minuten kommen, damit man einfahren könnte. Der Bus bringt ja sogar einen Vorteil und das heisst nicht, dass der Verkehr deswegen weniger fliesst. Es führt ja sogar dazu, dass der Verkehr beim Kreisel besser fliesst. Daher sollte man es sich mit dieser Meinung schon noch einmal überlegen, ob ihr gleich einstimmig dieses Projekt ablehnen wollt. Mit der anderen Strasse bekommt ihr ja sicher nichts Besseres. Ihr bekommt auch kein Versprechen, dass es dann gelöst ist. So wissen wir wenigstens, was wir bekommen. Ich denke auch, man könnte an dieser Strasse sicher noch mehr machen, man könnte aber auch viel weniger machen, sie einfach nur sanieren. Man sieht es schon, wenn der Kanton einfach ein bisschen Teer darüber geschmiert hat, ist es weniger, als was ihr vorher hattet. Eine Flicklösung ist es wohl nicht. Ich denke, wichtig ist, dass wir eine Strasse bekommen, welche wir wieder befahren können. GR Knöpfli hat es letztes Mal gesagt, es ist rund um den Bodensee vom Belag her die schlimmste Strasse, als Velofahrer kann man sich kaum darauf wagen. Der Zustand der Strasse ist gefährlicher als die Verkehrssituation. Daher ist es wichtig, dass wir dem heute zustimmen, auch wenn wir gewisse Sachen ein bisschen wagen. Aber wir werden in Zukunft immer wieder Sachen wagen müssen, die wir jetzt noch nicht kennen, die uns noch fremd sind, aber daran werden wir uns gewöhnen, und wir werden sehen, dass es auch funktioniert. Ich bitte euch, eure Meinung nochmals zu revidieren und nochmals zu überlegen, ob es nicht gescheiter wäre, dieser Vorlage zuzustimmen.

SR Zülle: Ich möchte alles Gesagte nochmals zusammenfassen, denn ich bin ein Kämpfer für diese Strasse. Ich war schon ein Kämpfer für die erste Vorlage, denn die erste Vorlage hatte einen wichtigen Vorteil, welchen die zweite Vorlage jetzt nicht mehr hat. Es wurde jetzt nicht kritisiert, aber es wäre ganz wichtig gewesen, diese Strasse zu verschmälern, damit wir für die vielen Kinder, die zur Schule gehen, breitere Trottoirs haben. Dies wurde nun geopfert, um eine Mehrheit zu erhalten. Auch den Leuten, die es aus Sicht der Autofahrer sehen und sich behindert oder eingeschränkt fühlen, haben wir versucht, entgegenzukommen, damit man eine Mehrheit bekommt. Es ist sehr, sehr schwierig, dem breiten Stimmvolk neue Strassenprojekte zu erklären. Meistens muss man das nicht, weil man es einfach über das Budget laufen lässt. Es gibt eine Sanierung und diese geht durch. Wir haben aber ganz bewusst ein Betriebs- und Gestaltungskonzept gewählt zusammen mit dem Kanton, welcher Bauherr ist. Und der Bauherr bestimmt, wie die Strasse aussieht. Sie haben gesagt, wir sind bereit, eine Aufwertung zu machen, und zwar in Sachen Sicherheit, Aufenthaltsqualität, aber auch vom Verkehrsfluss her für Autos, Velofahrer und für den Langsamverkehr wie die Fussgänger. Um für alle Sicherheit zu erreichen und dass eine Strasse eben für alle Verkehrsteilnehmer da ist und nicht nur für Autofahrer. In den Siebzigerjahren war das ein bisschen anders, als man diese Strasse baute, gab es noch weniger Verkehr. Die Seetalstrasse war damals gerade im Bau. Damals herrschte eine andere Denkweise; das Auto musste möglichst schnell von A nach B kommen, und es muss-

te möglichst genügend Parkplätze haben, alles andere war weniger wichtig. Verkehrssicherheit war noch nicht so gross geschrieben, weil es eben auch weniger Verkehr gab. Heute haben wir sehr viel Verkehr, wir haben täglich 12'000 Autos, manchmal sogar bis zu 15'000. Hier muss man schauen, dass auch die anderen Verkehrsteilnehmer wie Velofahrer und Fussgänger, aber auch der ÖV auf der Strasse Platz haben, welche man nicht breiter machen kann. Das Schönste wäre natürlich, wenn man eine Autospur hätte, eine Velospur, ein breites Trottoir, eine Busspur und so weiter. So sind aber unsere Städte nicht gebaut. Wir können die Häuser nicht verschieben. Also müssen wir schauen, wie alle miteinander am besten zurechtkommen. Manchmal ärgere ich mich als Autofahrer auch, wenn ich hinter dem Bus stehe und warten muss, gerade wenn ich es pressant habe. Aber es sind 20 oder 30 Sekunden, wo man sich vielleicht ein bisschen ärgert. Es ist aber wichtig, dass man hinter dem Bus ist und den Bus nicht einfach überholt und noch ein paar gefährliche Manöver macht, man ist deswegen nicht schneller zu Hause. Das Problem ist, dass der Bus pünktlich sein muss, sonst wird er nicht benutzt. Wenn wir die Genauigkeit des Fahrplans nicht haben, wird der Bus nicht benutzt, dann kommt man zu spät zum Bahnhof, dann funktioniert es nicht. Darum muss der Bus auf der Spur halten. Das gibt der Kanton vor. Und auch wenn man diese Vorlage ablehnt, wenn eine Normalisierung kommt, wird der Bus auf der Strasse halten. Was man gemacht hat und was bisher nicht erwähnt wurde, die Bushaltestelle vis-à-vis des früheren Restaurants Hörnli haben wir auf der Bleichstrasse gelassen, wie es jetzt ist. In der ersten Vorlage haben wir diese Busspur auch auf die Romanshornestrasse genommen. Der Grund war, weil wir dort eine Ausfahrt von der Schule haben und von den Parkplätzen. Es war immer ein bisschen eine gefährliche Situation. Jetzt haben wir gemerkt, wenn das für gewisse Autofahrer so eine wahnsinnige Belastung ist, lassen wir den Bus halt auf der Bleichstrasse. Also hält er jetzt nur zweimal auf jeder Seite, gegenüber jetzt hält er einmal bei der Bleiche auf der Strasse. Wir haben einen einzigen Bus in der Bucht und dieser ist beim Blauen Haus, damit der Kreisel nicht verstopft. Dann noch zum Kreisel stopfen. Wer den Kreisel Zül am Samstagmittag oder am Freitagabend kennt, weiss, was es heisst, wenn es nicht einmal eine Lücke gibt. Und diese Lücken sind halt einfach wichtig. Andere Städte machen Lichtsignale, in Olten steht man immer vor dem Lichtsignal, und das dann mehr als 30 Sekunden. Man ärgert sich über die Lichtsignale, die Lücken machen. Wir haben kein Lichtsignal, Kreuzlingen hat Kreisel gewählt, weil dies einen ganz fliessenden Verkehrsfluss gibt, das ist absolut richtig, aber es braucht Lücken, denn die Autos kommen nicht nur von einer Seite, sie kommen von allen Seiten. Daher braucht es einfach diese Lücken. Genau der Bus produziert diese Lücken, daher hat er eine ganz wichtige Funktion, damit eben der Verkehr läuft und nicht stehenbleibt. Denkt daran, ein schneller Verkehr macht Stau und nicht ein langsamer Verkehr. Ein langsam fliessender Verkehr macht keinen Stau, einen Stau macht schneller Verkehr, der immer wieder abbremst. Aber jetzt möchte ich aufhören. Ich hoffe einfach, dass man zur Einsicht kommt, dass dies jetzt wirklich eine optimale Vorlage ist, mit welcher alle Verkehrsteilnehmer leben können, die für ganz Kreuzlingen auch wirklich eine Aufwertung ist.

GR Ricklin: Ich möchte gern noch ein paar Sachen aufgreifen. SR Zülle hat gesagt, dass sich die Autofahrer ärgern, wenn sie hinter dem Bus warten müssen. Ich finde, es geht nicht um den Ärger, weil man warten muss, sondern es ist eine Tatsache, dass in Städten geschaut wird, dass es einen Verkehrsfluss gibt. Man ist dabei, Ampeln zu synchronisieren, damit der Verkehr möglichst fliessend und ruhig durch die Stadt geht. Wieso macht man das? Man ist heute ja bemüht, den CO₂-Ausstoss zu minimieren. Das Schlimmste, was man machen kann, sind diese Stop and Go-

Geschichten. Jedes Mal, wenn ein ganzer Pulk von Autos, Bussen, Lastwagen und so weiter anhalten muss, müssen alle wieder anfahren. Der CO₂-Ausstoss steigt deutlich. Auch erhöht das Stop and Go eindeutig den Lärm, hierzu gibt es auch Untersuchungen, der Lärmpegel steigt. Am besten ist es, wenn man einen fließenden Verkehr hat. Diese Abbiegegeschichte, von wegen man braucht Lücken dazwischen, ich weiss nicht, wie die meisten Autofahrer unterwegs sind. Ich bin eine Person, wenn ich sehe, dass es hinten unmöglich ist, dass jemand abbiegen kann, schaue ich in den Rückspiegel und halte vielleicht auch einmal an, um jemanden abbiegen zu lassen, respektive ich merke auch, dass andere Leute mir das gewähren, wenn es wirklich gar nicht geht. Ich bin oft auf dieser Strasse unterwegs und ich hatte noch nie Mühe, eine Lücke zu finden, um links abzubiegen. Ich weiss nicht, vielleicht bin ich zu den falschen Zeiten unterwegs.

GR Salzmann: Ich habe zwei Fragen: Erstens: Was ist unser Freiheitsgrad als Gemeinde bezüglich der Busbuchten? Wenn wir die Busbuchten weiterhin wollen, können wir diese behalten oder gibt es vom Kanton den Befehl, dass es auf jeden Fall keine Busbuchten mehr gibt? Was ist unser Freiheitsgrad? Zweitens: Wenn man weiss, dass der Verkehr in gewissen Gebieten langsamer läuft und man eher verstopfte Strassen hat, wieso passt man den Fahrplan nicht entsprechend an?

SR Zülle: Zu den Autos, die hinter dem Bus halten, möchte ich als Autofahrer sagen, auch wenn der Bus in die Busbucht fährt, muss ich anhalten, nämlich wenn er wieder herausfahren will. Dass man dann einfach flüssig fahren kann, nur weil der Bus einmal in der Nische ist, da kommen vielleicht zwei oder drei durch, mehr nicht. In der Regel muss man hinter dem Bus anhalten, auch wenn er in die Bucht hineinfährt, weil es meistens eine Insel oder viel Verkehr hat. Wenn es wenig Verkehr hat, das gebe ich zu, kann man überholen. Meistens kann man nicht überholen, weil es Gegenverkehr hat oder weil es zu eng ist. Meistens ist es auch nicht sinnvoll, den Bus zu überholen, man weiss nämlich gar nicht, wann er wieder herausfahren will. Dann haben wir auch noch den Velofahrer, der auch nicht recht weiss, was er machen soll, weil sein Radstreifen nämlich bei der Busbucht aufhört. Soll er den Bus auch noch überholen, fängt der Buschauffeur an zu blinken? Es ist eine ganz schwierige Situation. Bitte, wenn ihr CO₂ sparen wollt, warum machen wir denn nicht 30, sondern wieder 50? Wir haben doch gesagt, wir machen die Strasse mindestens im Dorfkern ein bisschen langsamer, doch hier ist man dagegen. Dann sagt man wieder, man will den CO₂-Ausstoss reduzieren. Ich verstehe das einfach nicht, das sind ganz klassische Widersprüche. GR Salzmann, es ist so, dass diese Strasse dem Kanton gehört. Der Eigentümer befiehlt. In der Regel sagt er, was bei dieser Strasse läuft. Der Kanton macht das nicht aus Willkür, sondern weil er gewisse Vorschriften einhalten will. Er will aber auch einhalten, was zum Beispiel die Verkehrssicherheit betrifft. Hierzu gibt es Studien. Nach diesen richten sie ihr Strassenregime aus. Den Bus in den Buchten halten zu lassen, ist ein alter Zopf. Das macht man nur noch, wenn es dahinter einen Kreisel verstopft. In Kreuzlingen gibt es nur noch ganz wenige Busbuchten, aber nicht mehr lange. Überall wird der Bus auf der Strasse halten. In anderen Dörfern ist das schon lange gang und gäbe und niemand stört sich mehr daran. Aber wir haben immer das Gefühl, wir müssen an alten Zöpfen hängenbleiben.

GR Salzmann: Du hast gesagt, wir müssen Vorschriften einhalten, dass man die Busbuchten aufheben muss. Andi Heller schreibt mir: „Sehr geehrter Herr Salzmann, die Anordnung von Bushaltestellen ist nicht gesetzlich geregelt.“ Es gibt also keine Vorschriften. „Hier kommen verkehrstechnische Beurteilungen zum Tragen. Grund-

sätzlich entscheidet bei Kantonsstrassen der Kanton, wie er es haben will, dies in Absprache mit Busbetreiber und Gemeinden.“ Wir könnten also sehr wohl Einfluss nehmen, ob wir eine Busbuchung wollen oder nicht. Der Freiheitsgrad ist da ein bisschen grösser als gerade dargestellt.

GR Knöpfli: Vorhin wurden Lärm, Abgase und Stop and Go erwähnt. Wenn ich mir die Situation vorstelle, wenn ich diese 30 Sekunden hinter einem Bus warten muss, dafür die nächsten 100 m frei sind, weil die Autos, die vor dem Bus sind, mittlerweile beim Ziirkreisel einfädeln konnten, mache ich hinter dem Bus einen Stop und danach habe ich ein Go für 200 m. Wenn ich 200 m in einem Rückstau vor dem Kreisel stehe, habe ich stop and go and stop and go and stop and go, autoweise. Ich bin nicht ganz sicher, aber ich glaube, mein Auto macht dann mehr Lärm und säuft mehr Benzin.

GR Zülle: Bei uns gibt es auch hitzige Diskussionen am Mittagstisch wegen dieser Busnischen. Aber ich bitte euch, hört auf, über diese Busnischen zu streiten. Denn das ist nicht das Hauptproblem an dieser Strasse. Diese Strasse oder das Projekt ist ein gutes Projekt, und ich bitte euch, nehmt dieses Projekt an. Ich bitte auch das Stimmvolk, nehmt dieses Projekt an, denn es ist ein gutes Projekt, und zwei Busnischen können dieses Projekt wohl nicht zum Scheitern bringen.

GR Huber: Es hat mich schon ein bisschen erstaunt, was unsere Autopartei beziehungsweise die altverbliebenen Autoparteiler einfädeln können. Noch einmal: Christian Forster hat es einleitend gesagt, und das müssen wir einfach wissen: Es ist das erste und letzte Mal, dass wir hier über dieses Projekt abstimmen können, nachher können wir darüber nicht mehr abstimmen. Dann läuft es einfach über das Budget, und dort ist es dann so, wie es ist, und dann haben wir kein Mitspracherecht mehr. Da müsst ihr einfach annehmen, was der Kanton uns sagt, wie wir es machen sollen. Auch wenn ihr sparen wollt, müsst ihr es annehmen, denn wenn ihr es nicht annehmt, wird es teurer, weil die ganzen Agglogelder futsch sind. Das müsst ihr einfach auch wissen. Ich finde es völlig deplatziert, dass ihr sagt, die Aufwertung des Quartierzentrums Kurzrickenbach findet ihr zu teuer und zu überteuert und nicht schön. Das ist der einzige Mehrwert, den ihr überhaupt noch bekommt aus dieser ganzen Geschichte, sonst habt ihr gar nichts. Ihr torpediert sogar noch das. Ich verstehe das nicht. GR Ricklin redet noch von zu viel CO₂-Ausstoss. Sei bitte so gut und fahre Bus oder hole das Velo hervor, dann sparst du nämlich am meisten CO₂. Das ist doch das Thema und nicht hinter einem Bus nachfahren. Bitte bringt bessere Argumente, ich verstehe euch nicht. Man kann einfach gegen alles sein.

GR Ricklin: Es geht nicht um mich, möchte ich hier festhalten. Es geht nicht um mich, sondern es geht um viele Leute, welche das Auto benutzen wollen. Ob mir oder dir das passt, ist eigentlich gar nicht das Thema. Nochmal zu den Pflastersteinen: Ich bin jetzt ein bisschen gehbehindert. Ganz wenig. Selbst wenn ich ohne Stöcke gehe, wenn ich über Pflastersteine laufen muss, finde ich es unheimlich gefährlich. Darüber sollten wir schon noch einmal sprechen. Es ist unheimlich teuer und wirklich gefährlich. Wie Kollege Lauber schon erwähnt hat, ist es aufwendig im Unterhalt. Wenn man sich vorstellt, Rollstuhl, Kinderwagen und nur schon wenn ich über die Pflastersteine laufen muss, da ich vielleicht nicht mehr so fit bin mit den Füßen, ich habe Angst, über Pflastersteine zu laufen, denn ich bin schon mehrfach gestolpert. Ich finde es völlig unnötig, so viel Geld in ein solches Projekt zu investieren. Lasst euch doch wenigstens dort etwas anderes einfallen, einfach, weil es gefährlich ist.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

S. 10, 5 Finanzierung

GR Salzmann: Der Stadtrat beantragt einen Kredit von CHF 2.76 Mio. für Sanierung und Aufwertung der Romanshorerstrasse. In Kapitel 5 ist diese Finanzierung erläutert. Der Stadtrat rechnet im Kapitel 5 mit einem Bundesbeitrag von CHF 880'000.–, welcher je zur Hälfte dem Kanton und der Stadt zugutekommen würde, unser Teil wären also CHF 440'000.–. In Kapitel 2 schreibt der Stadtrat von maximal CHF 880'000.– – das ist nicht ganz das Gleiche – welche auch noch nicht gesichert sind. Wir sind ja bei diesem Projekt im Vergleich zum Vorprojekt mehr auf der Sanierungs- und weniger auf der Aufwertungsseite. Daher ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese CHF 880'000.– auch tatsächlich kommen, diesmal sicher kleiner als beim letzten Mal. Gesetzt den Fall, die Bundesbeiträge würden nicht zugesprochen – sie sind noch nicht gesichert, anders als beim Schwimmbad, wo der Kanton schon ganz klar gesagt hat, wie viel er bezahlt – würde das bedeuten, dass sich die Kosten der Stadt Kreuzlingen erhöhen würden von CHF 2.76 Mio., welche hier beantragt werden, plus CHF 440'000.–, welche wir allenfalls nicht bekommen würden. Das heisst, die Kosten würden auf CHF 3.2 Mio. steigen. Wenn die Bundesbeiträge nicht kommen, müsste der Stadtrat einen Nachtragskredit beantragen. Gemäss Art. 32 Abs. 1 lit. d unserer heute gültigen Gemeindeordnung darf der Gemeinderat 10 % des von den Stimmberechtigten bewilligten Objektkredits oder maximal CHF 500'000.– als Nachtragskredit von etwas bewilligen, was das Volk genehmigt hat. Alles, was darüber hinausgeht, müsste einer erneuten Volksabstimmung unterbreitet werden, also einer dritten Volksabstimmung. Wenn also der Bundesbeitrag nicht fliesst, muss der Stadtrat für den Nachtragskredit auf jeden Fall noch einmal in den Gemeinderat, CHF 340'000.–, bis CHF 500'000.– dürfen wir, das wäre in Ordnung und ginge hier wahrscheinlich auch problemlos durch. Wenn er aber zusätzlich noch CHF 61'000.– mehr verbrauchen würde als budgetiert, das sind 1.875 % der Bausumme, und es ist keine Schande, wenn man einmal 1.875 % über der Bausumme liegt, das kann passieren, bräuchte es zwingend eine dritte Volksabstimmung für den Nachtragskredit. Ich weiss nicht, ob der Stadtrat sich dieser heiklen Situation bewusst ist, einen Kredit von CHF 2.76 Mio. zu beantragen anstelle von CHF 3.2 Mio. ohne inhaltliche Veränderung, es ist rein finanztechnisch, dass er allenfalls noch einmal vor den Gemeinderat oder sogar vors Volk muss. Ich wäre froh um eine Stellungnahme.

SR Zülle: Diese Frage wurde von GR Brändli bereits im Vorfeld an mich gerichtet, und ich habe sie sehr ausführlich beantwortet. Bei einer solchen Vorlage könnte man eigentlich den Bruttokredit nehmen. Das macht man auch, wenn man zum Beispiel selber Bauherr ist. Beim Familien- und Freizeitbad hat man es gesehen, die Gelder, welche vermutlich noch kommen, schreibt man hinein und man fordert den Bruttobetrag. Hier ist der Kanton der Bauherr, und der Bauherr sagt einfach, ihr bezahlt die Hälfte zu dieser Strasse. Das ist unsere Verpflichtung. Ob das auf den Franken genau die Hälfte ist, wir bezahlen einfach die Hälfte. Die Agglogelder sind dann eigentlich gesichert, wenn wir eine Aufwertung dieser Strasse in Kurzrickenbach machen, wenn man ein Betriebs- und Gestaltungskonzept macht. Wir haben den Antrag eingereicht, ich war gemeinsam mit dem Agglovorstand in Bern. Wir haben unsere Projekte vorgestellt und hatten eine gute Resonanz. Natürlich wird nicht am Tisch gesagt, ihr habt 100 % zugute, aber immerhin hatten wir eine gute Resonanz. Eine Zustimmung er-

folgt erst nach der Volksabstimmung. Dann sagt der Bund, ob er die Agglogelder in dieser Höhe an den Kanton Thurgau und an die Stadt Kreuzlingen spricht. Ich gehe davon aus, und die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass wir diese CHF 880'000.– erhalten. Es könnte sein, dass ein Teil der Strasse nicht ganz als Aufwertung anerkannt wird. Ich weiss nicht, wie streng sie sind. Ich kann es mir nicht recht vorstellen, aber es könnte sein, dass es eine Kürzung gibt, weil wir zwischen Kurzrickenbach und Blauhaus ein bisschen zu wenig Gestaltung hineingebracht haben. Was aber sicher ist, wir erreichen mehr Sicherheit, vor allem mit den Inseln, mit den Abbiegestreifen, auch mit dem Radweg, welchen wir von 1 m auf 1.25 m verbreitern. Wir glauben auch, dass vor allem die Aufwertung von Kurzrickenbach durch die Gestaltungen des Ortsbildes städtebaulich hochwertig sind und wir deshalb die Agglogelder erhalten werden. Nun geht es darum, dass wir dem Gemeinderat und dem Stimmvolk eine Zahl präsentieren. Ich bin der Meinung, die Zahl, welche am genauesten ist, gehört dorthin. Nicht ein „worst case“, es könnte so und so teuer werden. Auch wenn man Abweichungen hat, man hat nicht jeden Stein berechnet, rechnet man nicht den „worst case“ aus und sagt, wir gehen mindestens ganz hoch hinein, vermutlich wird es dann günstiger. Nein, ich glaube, wir müssen sehr genau rechnen, und ich glaube, wenn wir die Aufstellung anschauen, ist es eine sehr genaue Berechnung, was diese Strasse kostet. Bei einer Strasse können wir genauer rechnen als bei einem Hochbau, der noch viel Innenausstattung hat, denn eine Strasse berechnet man nach Metern. Man weiss, was die Kofferung ist, was die Steine kosten und so weiter. Man kann sehr genau rechnen. Ich bin auch der Meinung, dass wir diese CHF 2.76 Mio. am genauesten treffen und dem Stimmvolk nichts vormachen, weder dass es teurer noch dass es billiger wird, sondern es wird so teuer. Wir rechnen mit diesen Geldern, und wir wollen diese Strasse als erstes Aggloprojekt in Kreuzlingen durchbringen. Mir ist das Risiko bewusst und wir wollen es gern eingehen.

GR Rüedi: Was ich nicht verstehe ist, wieso wir am gleichen Abend nach zwei unterschiedlichen Systemen die Abstimmungsfrage für das Stimmvolk verabschieden wollen. Wenn wir die Vorlage der Schwimmhalle nehmen, ist es ganz eindeutig. Dort haben wir gesagt, wir nehmen einen Bruttobetrag von CHF 31 Mio., die vom Kanton zugesicherten Beiträge haben wir in Klammern gesetzt (netto CHF 27.3 Mio.). Wir haben sie bei dieser Vorlage nicht abgezogen. Ich verstehe es nicht, und ich kann mir nicht vorstellen, dass es eine Rolle spielt, ob der Kanton oder die Stadt Kreuzlingen Bauherr ist, dass man dieses Mal eine andere Abstimmungsfrage wählt und sagt, ich ziehe den Beitrag, der voraussichtlich aus dem Aggloprogramm kommt, bereits im Voraus vom Kredit ab. Von mir aus gesehen wäre es richtig, hier zu sagen, wir haben einen Bruttokredit von CHF 3.2 Mio., voraussichtlich wird der Mitteleinsatz für die Stadt Kreuzlingen bei CHF 2.76 Mio. sein, weil wahrscheinlich dieser Beitrag kommt. Wenn wir heute Abend kohärent handeln – heute können wir vergleichen, heute haben wir diese beiden Botschaften vorliegen – müsste die Abstimmungsfrage aus meiner Sicht am Schluss heissen: „Wollen sie dem Kreditbegehren von CHF 3.2 Mio. – man kann von mir aus noch in Klammern schreiben voraussichtlich CHF 2.76 Mio. – zustimmen?“ Dann würden wir heute Abend genau die gleichen Systeme verabschieden. Ich beantrage, den Antrag auch zuhanden des Stimmvolks abzuändern, dass wir sagen, der Bruttokredit ist CHF 3.2 Mio., der Nettokredit voraussichtlich CHF 2.76 Mio. – das kann man dann in eine Klammer setzen.

Vize-STP Raggenbass: Wir haben uns kurz abgesprochen. Wir hätten kein Problem damit, es in der Volksbotschaft so abzuändern, wie von GR Rüedi vorgeschlagen. Auch damit können wir mit einem sehr guten Projekt vors Volk gehen. Je nachdem,

wie die Diskussion läuft, für uns wäre es kein Problem.

Abstimmung: Der Antrag von GR Rüedi wird mit **34 Ja-Stimmen** gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung **angenommen**.

GR Brändli: Ich möchte mich bei SR Zülle für die Beantwortung bedanken, möchte aber auch noch darauf hinweisen, dass wenn wir aus der Fraktion über SR Beringer etwas in den Stadtrat bringen, uns die Antworten am Mittwoch nach der Stadtratssitzung zuzustellen sind und nicht erst am Donnerstag um 16:00 Uhr. Wir alle sind berufstätig und warten wirklich nicht darauf, dass es nachmittags um 16:00 Uhr kommt, woraufhin wir es noch an die Fraktionskollegen zur Diskussion weiterleiten sollten. Bitte kommt mit diesen Sachen in Zukunft am Mittwoch und nicht erst am Donnerstag um 16:00 Uhr.

Rückkommen

GR Schläpfer: Ich habe noch eine Frage an den Stadtrat wegen dieser Zentrumsge-
schichte Kurzrickenbach auf Seite 8, Punkt 3.5. betreffend Bodenpflästerung. Ich ha-
be ein bisschen in der Landschaft herumgeschaut. Um es vorwegzunehmen, auch
Städte wie Weinfelden und andere haben das mit den Bussen. Das andere, ich sehe
dort auch sehr viele gemalte Mittelstreifen, wo man einen Freihalteteil macht. Ist es
100-prozentig fixiert, dass es eine Pflästerung gibt oder wäre auch die Möglichkeit,
einen farbigen Mittelstreifen zu machen?

SR Zülle: Beim Mittelstreifen ist gar keine Pflästerung vorgesehen, höchstens auf der
Insel, die man nicht überfahren kann. Aber sonst ist es farblich, es kann auch ein an-
deres Material sein, aber es ist nicht eine Pflästerung. Pflästerung ist in Kurzricken-
bach auf der Seite gemeint. Wenn so eine Pflästerung kommt, werden wir natürlich
bedacht sein, dass es eine geschliffene ist, nicht dass es da so eine Holperpiste gibt.
Vielleicht habe ich auch bald einen Rollator und möchte nicht so herumfahren. Es ist
schon so, man achtet heute darauf, dass die Materialien für alle, für Fussgänger, auch
für ältere Leute, für behinderte Leute und so weiter behindertengerecht sind. Darauf
schaut man schon.

GR Forster: Als derjenige, der am längsten hier im Gemeinderat sitzt, erlaube ich mir
eine Bemerkung zur vorhergehenden Diskussion. Stadtpräsidentkandidat Salzmann
hat Stadtpräsidentkandidat Zülle gefragt, ob das mit den Busbuchten vom Kanton
zwingend vorgeschrieben sei. Meiner Meinung nach hat er ihn auflaufen lassen, denn
nachher kommt er mit dem Brief, welchen er von Herrn Heller hat, und da steht das
und das drin. Er wusste es also schon. Er muss nicht etwas fragen, was er schon
weiss. Ich finde das absolut unschön, und so gehört es hier nicht herein.

Abstimmung (inkl. Ergänzung gemäss Antrag GR Ruedi): Dem Kreditbegehren von
brutto CHF 3.2 Mio. (netto CHF 2.76 Mio.) für die Sanierung und Aufwertung der Ro-
manshorneerstrasse zwischen dem Kreisel Blauhausplatz und dem Ziikreisel zuhan-
den der Volksabstimmung wird mit **29 Ja-Stimmen** gegen 6 Nein-Stimmen bei 1 Ent-
haltung **zugestimmt**.

Verschiedenes

5. Verschiedenes

5.1 Umgang mit Tischvorlagen aus den Fraktionen

Der Ratspräsident: Wir haben noch eine Pendezenz aus dem Büro, wie wir es künftig mit den Tischvorlagen handhaben wollen, und zwar mit Anträgen. Wir haben an der letzten Bürositzung nochmals diskutiert, wie wir zukünftig mit Tischvorlagen und Anträgen umgehen wollen. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Geschäftsordnung des Gemeinderats gilt und wir keine Sonderregeln einführen wollen. Daher verweisen wir auf Art. 21 der Geschäftsordnung: „Anträge sind zu formulieren und dem Präsidenten auf Verlangen schriftlich einzureichen.“ Ich bin der Meinung, wenn jemand einen Antrag stellt, kann er sich ganz pragmatisch auch vor der Sitzung mit dem Präsidenten absprechen. Wenn diese Absprache stattgefunden hat, kann man den Antrag meiner Meinung nach dann auch verteilen. Wir möchten es also gern weiterhin gemäss Geschäftsordnung behandeln.

5.2 Zurückhaltung des Gemeinderatspräsidenten

GR Neuweiler: Du machst es ja nicht schlecht mit der Sitzungsleitung. Was uns ein bisschen stört, ist, wenn der Gemeinderatspräsident Leserbriefe schreibt, in den Zeitungen kommentiert, ob irgendeiner einen Kopf an ein Schaufenster klebt. Ob dieser Kopf nun schön ist oder nicht, da kann man geteilter Meinung sein. Aber wir finden, ein bisschen Zurückhaltung von deiner Seite wäre da angebracht. Es geht ja nicht mehr so lange, aber ein halbes Jahr musst du dich noch zurücknehmen.

Der Ratspräsident: In der Geschäftsordnung des Gemeinderats steht, dass ich mich in den Gemeinderatssitzungen politisch enthalten muss. Das mache ich. Bezüglich des besagten Zeitungsartikels, wo es um dieses Schaufenster und die Wappen ging, wurde ich von Urs Brüscheweiler angefragt, und ich habe eine Antwort gegeben. Ich habe keine Namen genannt, ich habe nur einen Sachverhalt wiedergegeben. Wer daraus Schlüsse zieht oder was für Schlüsse daraus gezogen werden, kann ich nicht beurteilen. Das zweite war ein Leserbrief. Diesen habe ich nicht als Gemeinderatspräsident unterschrieben, er war auch in der Kreuzlinger Zeitung zumindest nicht als Gemeinderat unterschrieben, sondern es stand nur mein Name darunter. Ich habe nicht mein Amt oder die Meinung des Gemeinderats in diesem Leserbrief vertreten. Ich denke, dies sollte mir zugestanden werden als Stimmbürger von Kreuzlingen. Besten Dank für das Verständnis.

5.3 Umsignalisierung Boulevard

SR Zülle: Ich habe noch eine Mitteilung. Das eine ist bekannt, wir wollen das Verkehrsregime am Boulevard ändern. Diese Umsignalisierung sollte nach den Sportferien erfolgen. Wir sind gespannt, wie sie ankommen wird. Damit wir nicht einfach nur zuschauen und ein bisschen abschätzen, wird Folgendes passieren: Wir haben Messungen gemacht, und zwar nicht nur beim Boulevard – dort werden sie täglich gemacht – sondern auch rundherum, wie der Verkehr jetzt läuft. Das haben wir ganz aktuell in den vergangenen Monaten gemacht. Nach den Sportferien werden wir die Umsignalisierung vornehmen und etwa innerhalb von drei Monaten Umfragen bei 300 Haushalten und 140 Unternehmern starten. Das sind Geschäfte und so weiter, welche

sich in Kreuzlingen befinden. Wir wollen wissen, wie die Akzeptanz ist, ob es Probleme gibt, dass zum Beispiel ein Geschäft weniger frequentiert wird und so weiter. Nach ganz verschiedenen Kriterien wird alles untersucht. Das Ziel ist, dass wir spätestens in einem halben Jahr genau wissen, ob diese Strasse so angenommen wird oder nicht. Gibt es Probleme? Müssen wir korrigieren? Denn überall, wo man eine Tafel hinstellt, macht man einen wütend und einen anderen glücklich. Und wir wollen schauen, dass möglichst viele glücklich sind. Wir wollen den Verkehr auf dem Boulevard reduzieren, aber ob es das „Ei des Kolumbus“ ist, welches der runde Tisch einmal beraten hat – ich war damals nicht dabei – das wissen wir nicht. Es wird sich zeigen, wie die Autofahrer, die Fussgänger, die Velofahrer, aber auch die Anwohner und Geschäfte diese Strasse annehmen. Es gibt dann drei Möglichkeiten, eine Möglichkeit ist: Reissleine ziehen und wieder aufheben, dass wir es wieder gleich machen wie jetzt. Das andere ist, wir machen eine Korrektur. Und die dritte Variante ist, für immer verlängern, dass wir dann eine ewige Geschichte machen und sagen, es ist gut, es funktioniert, aber wir müssen es noch einmal auflegen. Selbstverständlich kann man dann wieder Einsprache machen. Wir sind gespannt, wir wissen es nicht. Wir haben die Firma Gesellschaft für Standortanalysen und Planungen AG engagiert, im nächsten Frühling die Befragungen zu machen. Und ich hoffe, dass auch alle mitmachen, damit wir ein wirklich gutes Resultat erhalten, womit wir weiterarbeiten können.

5.4 Kompromiss Bodensee-Arena / Schweizer Fernsehen

Vize-STP Raggenbass: Ich möchte noch zwei Sachen zur Bodensee-Arena mitteilen: Einmal zur Kompromissfindung in der Arbeitsgruppe. Zum anderen geht es um Fragen, welche sich durch Zeitungsberichte und andere Medien der letzten Wochen bezüglich des Schweizer Fernsehens ergeben haben. Ich habe Herrn Mölleney gefragt, was an der Aussage, dass sie noch andere Orte suchen und eben nicht nur die Bodensee-Arena infrage kommt, dran ist. Dies verunsicherte, was mit dem Vertrag ist. Es gab dann eine längere Abhandlung zur jetzigen Situation. Er hatte Gespräche mit dem Chef des Schweizer Fernsehens, welcher für uns zuständig ist. Ich habe dies an alle Fraktionspräsidenten geschickt, ich gehe davon aus, dass ihr die Details weiterleitet. Ich mache daher hier nur einen Auszug. Worum geht es? Im Moment ist es so, dass Leutschenbach umgebaut und saniert wird. Dort ist das Ziel, dass es nur noch kleine Studios und kein grosses Studio mehr geben wird. Dies ist mit ein Grund, dass das ganze Programmkonzept für grosse Shows und kleine Shows klar ist. Sie wissen jetzt, dass sie in den nächsten acht Jahren weiterhin grosse Sendungen machen, daher brauchen sie einen Raum. Für sie ist nach wie vor die Bodensee-Arena der ideale Ort. Dass sie von auswärts angefragt werden, von ähnlichen Hallen, ist klar. Das müssen sie nicht nur prüfen, sondern auch schauen, ob das ein Kompromiss wäre, dazu sind sie auch aufgefordert. Aber nach wie vor ist für sie Kreuzlingen der richtige Ort. Sie stehen weiterhin zu ihrer Anfrage, dass sie die Bodensee-Arena für acht Jahre mieten wollen. Ob sie überhaupt einen langfristigen Vertrag abschliessen können, ist abhängig von der Billag-Abstimmung im März. Das ist für uns aber wiederum ein Vorteil. Die Kompromissfindung ist so, dass wir in der Arbeitsgruppe vier Spezialisten haben, die jetzt prüfen, wie die Betriebsabläufe sind, wie das Betriebskonzept ist, wie die Kostenfolgen aller Kompromisse aussehen, die wir bauen müssen und wollen, wenn die Eissituation gleich oder besser sein soll. Das heisst mit anderen Worten, bis im März werden wir auf jeden Fall wissen, wie das Betriebskonzept, der Betriebsaufwand und die Kostenfolgen sind. Dann können wir unsere Bedingungen in den Vertrag mit dem Schweizer Fernsehen einbringen. Diese Verzögerung ist daher für uns nur gut. Wir, sprich der Stadtrat bestimmt am Schluss, natürlich gemeinsam

mit dem Verwaltungsrat, wie die Voraussetzungen sein müssen und wie der Vertrag aussehen muss, damit wir nicht nur unser Versprechen, sondern auch unseren Wunsch, dass Events, sprich Fernsehen und Eissport gleichwertig behandelt werden und ihre Möglichkeiten haben. Das sind der Stand der Kompromissarbeitsgruppe und die Antwort, die wir vom Schweizer Fernsehen via Verwaltungsratspräsident Matthias Mölleney erhalten haben.

GR R. Herzog: Ich bin der Verursacher dieser Anfrage, basierend auf Zeitungsberichten online und in den Printmedien. Zuerst einen herzlichen Dank an Vize-Stadtpräsidentin Raggenbass fürs Abklären beim Verwaltungsratspräsidenten. Für mich sind einige Dinge aber doch etwas erstaunlich. In der Aussage des Verwaltungsratspräsidenten wird gesagt, die Situation habe sich gegenüber den letzten Informationen im Gemeinderat nicht verändert. Die Aussage, welche bestätigt wurde, ist, dass das Schweizer Fernsehen in Zürich kein Grossstudio baut. Das heisst, alle Produktionen, sofern es in Zukunft noch solche gibt, müssen irgendwo anders gemacht werden. Ob das auch nach 2027 in Kreuzlingen sein wird, weiss logischerweise niemand. Ich glaube aber, wenn ich mich zurückerinnere an diverse Kommissionssitzungen, Arbeitsgruppensitzungen und Gemeinderatssitzungen, dass wir alle hier drin ziemlich sicher davon ausgegangen sind, dass diese Grossproduktionen für eine bestimmte Zeit – man hat von acht bis zehn Jahren gesprochen – nach Kreuzlingen ausgelagert werden und danach nach Zürich zurückkommen. Es steht zwar nirgends wortwörtlich, dass dies so gesagt wurde, aber mindestens bei mir, und ich gehe davon aus, bei vielen kam dies als Empfänger der Botschaft so an. Das stimmt offensichtlich nicht. Die gehen nicht zurück nach Zürich. Man kann jetzt sagen: Wunderbar für uns, wenn wir ein bisschen Glück haben und in der Bodensee-Arena acht Jahre lang gute Arbeit machen, bleiben sie 10, 15, 20 oder 25 Jahre lang in der Bodensee-Arena. In Ordnung, dieser Meinung kann man sein. Man muss sich einfach bewusst sein, wenn das so umgesetzt wird, besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit – entsprechend einem Wunsch, andere verdammen es –, dass das Schweizer Fernsehen dann eben langfristig bleibt. Das heisst aber auch, dass man bei den ganzen Überlegungen, welche man jetzt anstellt, Kompromisslösungen etc. auch bedenken muss, was das bedeuten würde, wenn sie langfristig bleiben. Ich frage mich natürlich schon – jetzt hat man von einer Traglufthalle gesprochen. Eine Traglufthalle hat eine beschränkte Lebensdauer und ist eigentlich ein Provisorium oder ein Providurium, aber sicher nicht als langfristige Lösung gedacht. Auch diese Überlegung, dass wir uns mit einer Traglufthalle angefangen haben zu beschäftigen, oder auch Äusserungen in der Gemeinderatsbotschaft, wo auch im neuen Baurechtsvertrag von einer bestimmten Dauer die Rede war, oder das SRF mietet die Halle in den Jahren 2019-2027 von September bis und mit Mai für die Produktion von TV-Shows mit Publikum – das ist ja alles offensichtlich nicht falsch, aber nicht so ganz alles. Das heisst, aus meiner Sicht haben uns Informationen bei den Entscheidungen und bei den Informationen gefehlt. Diese Informationen lauten im Prinzip, es kann durchaus sein, dass das Schweizer Fernsehen langfristig hier bleibt. Vielleicht passiert das dann nicht, vielleicht passiert es aber. Aber das ist für mich eine andere Ausgangslage als das, wovon ich immer ausgegangen bin. Mich würde interessieren, bei wem von den Gemeinderäten in der vergangenen Botschaft angekommen ist, dass das Schweizer Fernsehen in Zürich kein Grossstudio baut, sondern dieses hierher auslagert und die Beschränkung von acht bis zehn Jahren nur so beschränkt ist, weil sie gar nicht wissen, ob sie überhaupt noch länger so Zeug produzieren und diese Beschränkung nicht durch das Studioproblem auferlegt wurde. Das würde mich wirklich interessieren, wie das bei den anderen Fraktionen damals als Botschaft angekommen ist. Bei mir ist es anders angekommen. Aber viel-

leicht ist es einfach mein Empfängerproblem und nicht ein Senderproblem.

Vize-STP Raggenbass: Auf das Empfinden kann ich nicht eingehen, ich möchte aber noch etwas ergänzen. Die Kompromissarbeitsgruppe prüft sowohl die Traglufthalle als auch eine feste Halle oder Neubauten. Nicht allein aus der Überlegung, wie die Zukunft aussieht – einmal für die ganze Anlage und auch für die Bodensee-Arena mit Events oder ohne Events. Von dem her sind wir schon ein bisschen breit abgestützt und machen nicht nur ein Provisorium, welches womöglich dann umsonst gewesen wäre.

GR Brändli: Auf die explizite Frage von GR R. Herzog: Bei uns ist es schon auch so herübergekommen: acht bis zehn Jahre. Dann gehen sie wieder zurück oder wo auch immer wohin. Aber es war nie die Rede von einer dauerhaften Lösung über 15, 20 oder 30 Jahre.

5.5 Störnäzauber / Dezember-Sitzung

Der Ratspräsident: Ich habe noch zwei kurze Informationen. Vom 8. bis 10. Dezember findet der Kreuzlinger Störnäzauber statt. Für die Mitarbeit an der Bar werden noch Freiwillige gesucht. Bitte bei Thomas Niederberger oder Tatiana Abate melden. Zweitens: Im Anschluss an die Sitzung vom 14. Dezember findet das Weihnachtsessen statt. Die Sitzung beginnt um 18:30 Uhr. Zusätzlich zum Weihnachtsessen – das müssen wir uns hart verdienen – gibt es vorher ein Foto für den Jahresbericht, anschliessend können wir wohlverdient zum Weihnachtsessen gehen.

5.6 Energiepreis Kanton Thurgau

GR Forster: Der Kanton Thurgau vergibt jedes Jahr einen Energiepreis. Die Stadt Kreuzlingen ist Energiestadt, und ich stelle fest, es gibt recht engagierte Leute in Kreuzlingen, welche Projekte eingereicht haben, auch Private. Diese haben Mut, denn es ist mit Kosten verbunden, und ich möchte beliebt machen, dies Herrn Maurer mitzuteilen. Heinz Theus wird das für mich machen. Sie haben vier Projekte eingereicht, leider nicht gewonnen. Aber es soll mindestens von der Stadt verdankt und ihnen soll auf die Schultern geklopft werden. Ich bewundere diese vier Typen.

5.7 Ladenöffnungszeiten / Weihnachtsessen

GR Forster: Der Präsident hat schon von Weihnachten gesprochen, ich schliesse mich gleich an. Der Kanton Thurgau hat verboten, die Läden am 24. Dezember geöffnet zu haben. Bei uns vergibt die Stadt dafür die Bewilligungen. Ich hoffe, es bleibt so. Gut, dann bin ich beruhigt. Ausser der beim Plaza und der beim Flurhof. Das regt mich absolut auf. Dieser hat jeden Sonntag offen, er hat an Ostern offen, er hat an Pfingsten offen. Das wäre einmal zu hinterfragen. Ich weiss nicht, mit wem ich da reden muss. Dann habe ich gesagt, ich bleibe bei Weihnachten. Ich war auch einmal im Büro und habe es dort vorgebracht. Unsere Protokolle, diese „Schinken“, werden von einer blinden Frau geschrieben. Ich bitte den jetzigen Präsidenten, diese Frau auch zum Weihnachtsessen einzuladen.

5.8 Postkarten Meerwasser

Vize-STP Raggenbass: Ihr habt Postkarten mit Bändchen. Das ist das Resultat vom Wettbewerb über „Meerwasser“, den wir letzten Sommer gemacht haben. Natürlich auch mit einem Auge auf unser Schwimmbadprojekt. Damit ihr auch einmal eine Karte mit „Meerwasser“ schreiben könnt, haben wir für euch diese Karten zusammengestellt.

GR Rink: Herzlichen Dank für diese Karten, aber es ist überall das gleiche Sujet drauf. Müssen wir sie untereinander austauschen?

Der Ratspräsident schliesst die Sitzung um 22.10 Uhr.

Beilagen

1. Tischvorlage zu Traktandum 3

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmenzähler

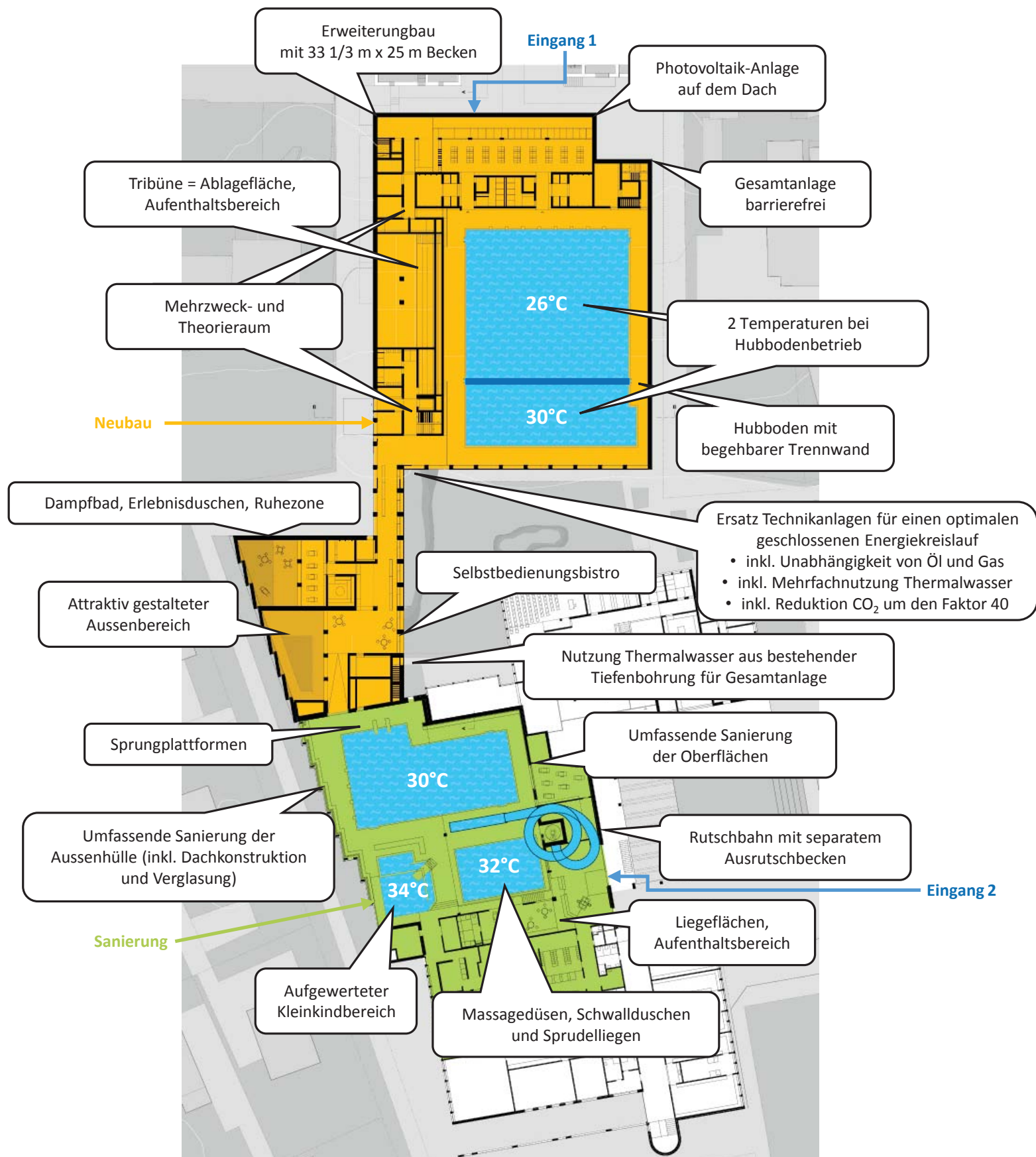
Plausibilisierung der Mehrkosten Sanierung Bestand

Die Sanierung des Bestandes wurde im Projekt HZWEIO (abgelehntes Projekt 2014) unter Einhaltung des Minergie-standards von den Planern berechnet. Damals wurden die Energievorschriften für Hallenbäder national erstmals erarbeitet und noch nicht in der gleichen Konsequenz wie heute umgesetzt. Zudem wurden im neuen Projekt die Oberflächensanierung und die Abdichtung der Becken sowie das Entfernen von Schadstoffen im Gebäudeinnern vollumfassend eingerechnet.

Voranschlag Sanierung HZWEIO	= CHF 5.5 Mio.
Voranschlag Sanierung Nature	= <u>CHF 8.7 Mio.</u> (CHF 10.1 Mio. minus Attraktivitätssteigerung von CHF 1.4 Mio.)
Differenz	= CHF 3.2 Mio.

Bauteil	Kosten
Neue Fensterfront West inkl. neuem Sonnenschutz	ca. CHF 500'000
Höhere Dämmwerte Dach und Wand / Nachhaltigere konstruktive Sanierung der Aussenwände	ca. CHF 250'000
Zusätzliche statische Ertüchtigung Dachträger (aufgrund erhöhter Dämmung und Auflasten)	ca. CHF 200'000
Komplette Erneuerung Badwassertechnik (keine Weiternutzung von Teilanlagen)	ca. CHF 250'000
Komplette Beckensanierung und Ersatz aller Oberflächenbeläge mit Abdichtungsmassnahmen sowie Entfernen von Schadstoffen im Gebäudeinnern (Mehraufwendungen)	ca. CHF 650'000
Erweiterung Mehrfachnutzung Thermalwasser / Einbau zusätzlicher Wärmepumpen / Verbesserung Wärmerückgewinnung / Verbesserung Wärmeverbund aller Komponenten im System	ca. CHF 850'000
Honorare (CHF 410'000), Dienstleistungen und Diverses	ca. CHF 500'000
Total Differenz / Mehrkosten Sanierung gegenüber HZWEIO	ca. CHF 3'200'000





Investitionen und Betriebskosten Familien- und Freizeitbad Egelsee

		Natare
1	Investitionen	CHF
	Investition Bau	29'215'000
	Investition Honorare	6'285'000
	Investitionskosten Total	35'500'000
	Beitrag Kanton DBU	-2'800'000
	Beitrag Sekundarschule Kreuzlingen	-4'500'000
	Beitrag Kanton Sportfonds	-900'000
	Nettokredit Stadt Kreuzlingen	27'300'000

Finanzdienst Stadt Kreuzlingen		Natare
2	Investitionen	CHF
	Investition Bau (75 %)	20'475'000
	Investition Technik (25 %)	6'825'000
	Investitionskosten Total	27'300'000
	Vorfinanzierung	0
	Abzuschreibender Restbuchwert	27'300'000
	Finanzdienst Stadt	CHF
	Anteil Gebäude inkl. Planung (33 Jahre)	20'475'000
	Anteil Technik inkl. Planung (15 Jahre)	6'825'000
	Abschreiber Gebäude auf 33 Jahre	620'455
	Abschreiber Technik auf 15 Jahre	455'000
	Kalkulatorische Zinsen (4 % von 50 % Investition) Nettokredit	546'000
	Finanzdienst Stadt Total	1'621'455

Finanzdienst Sekundarschule		Natare
3	Investitionen	CHF
	Investition Bau (75 %)	3'375'000
	Investition Technik (25 %)	1'125'000
	Investitionskosten Total	4'500'000
	Vorfinanzierung	-4'000'000
	Abzuschreibender Restbuchwert	500'000
	Finanzdienst Sekundarschule	CHF
	Anteil Gebäude inkl. Planung	375'000
	Anteil Technik inkl. Planung	125'000
	Abschreiber Gebäude auf 33 Jahre	11'364
	Abschreiber Technik auf 15 Jahre	8'333
	Kalkulatorische Zinsen (4 % von 50 % Investition) Nettokredit	90'000
	Finanzdienst Sekundarschule Total	109'697

Betriebskosten		Natare	Egelsee heute
4	Betriebskosten	CHF	CHF
	Personal (Öffnungszeiten 106 h pro Woche, Natare)	840'000	400'000
	Strom (ohne PV-Anlage ca. 163'000 kWh/a, Natare)	160'000	
	Gas, Öl	0	140'000
	Frisch- / Abwasser	45'000	
	Chemie / Badwasseraufbereitung	49'000	40'000
	Reinigungs- und Verbrauchsmaterial	19'000	
	Serviceverträge	45'000	140'000
	Unterhalt und Reparaturen Technik	64'000	
	Unterhalt und Reparaturen Bau	50'000	
	Mobiliar, Geräte	35'000	15'000
	Marketing, Werbung	15'000	
	Versicherung	25'000	8'000
	Cafeteria und Shop	15'000	
	Verschiedenes	25'000	17'000
	Betriebskosten Total	1'387'000	760'000
5	Einnahmen	CHF	CHF
	Öffentlichkeit (Preiserhöhung ca. 20 %, Mehreintritte ca. 10 %)	400'000	300'000
	Schulen	30'000	30'000
	auswärtige Vereine, kommerzielle Kurse	40'000	10'000
	Cafeteria und Shop	30'000	0
	Beitrag Stadt (Anteil 70 %)	229'000	
	Beitrag Sekundarschule (Anteil 30 %)	98'000	270'000
	Beitrag Primarschule	150'000	150'000
	Beitrag Kanton Nutzung Schulen	150'000	
	Beitrag Nachbargemeinden	260'000	
	Einnahmen Total	1'387'000	760'000
	Saldo Betriebskosten versus Einnahmen	0	0

Übersicht Finanzdienst und Betriebskosten öffentliche Körperschaften		Natare
	Betriebskostenbeitrag Stadt	229'000
	Finanzdienst Stadt	1'621'455
	Summe Stadt	1'850'455
	Betriebskostenbeitrag Sekundarschulgemeinde	98'000
	Betriebskostenbeitrag Primarschulgemeinde	150'000
	Finanzdienst Sekundarschulgemeinde	109'697
	Summe Schulgemeinden	357'697
	Beitrag Kanton Nutzung Schulen (ohne Finanzdienst)	150'000
	Finanzdienst Kanton (2.8 Mio. aus Hochbau)	141'000
	Summe Kanton	291'000
	Betriebskostenbeitrag Nachbargemeinden	260'000